

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Montag, den 13. März 1911.

18. Jahrg.

Parteigenossinnen, Arbeiterinnen! Rüstet zum Frauentag!

Hierzu eine Beilage.

Die Hausfrauen und das Frauenwahlrecht.

„Unser Glück soll im Hause wurzeln.
Gebt uns das Recht, Gesetze zu schaffen,
die uns ein glückliches Heim schaffen.“

Diese Worte können unsere Hausfrauen mit vollem Recht den Reaktionären und Philistern entgegenzuleben, die stets auf den Ruf der Frauen nach vollem Bürgerrecht orakeln: „Die Frau gehört ins Haus!“ „Das Haus ist die Welt der Frau.“

Dass diese Sprüche unserer Bürgerphilister eine verlegene Phrase sind, daß sie durch die wirtschaftliche Entwicklung, die viele Millionen Frauen in die Erwerbsarbeit trieb, längst ad absurdum geführt sind, wiesen wir wiederholt nach. Aber auch für die Hausfrauen ist es längst nicht mehr wahr, was „Philisterweisheit“ immer und immer wiederkaut.

Die Familie ist seit langem kein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsganzes, sondern vieltausend Fäden sind es, die das Interesse der Frau — der Hausfrau — verknüpfen mit allen öffentlichen und politischen Vorkommnissen und Einrichtungen.

An Stelle vieler Beispiele heute nur eins: Jede gute Hausfrau setzt zweifellos ihren Ehrgeiz daran, neben Ordnung und Sauberkeit, die sie im Hauswesen hält, den Ihrigen ein gutes und reichliches Mahl zu bereiten. Ihr Haushaltsgeld hat sie, als fürsorglicher Finanzminister der Familie, fein säuberlich auf die notwendigen Ausgaben der einzelnen Wochentage verteilt. Bei ihren Einkäufen beim Schlachter, Bäcker oder Kolonialwarenhändler entdeckt sie aber, daß sie weit höhere Ausgaben machen muß, als sie in Voranschlag gebracht hatte. Das Fleisch ist um 10 bis 15 Pfg. für das Pfund im Preise gestiegen, der Kaffee um 12 Pfg., Brot, Mehl, Käse und eine Reihe anderer Artikel in ähnlicher Weise, Streichhölzer z. B. gar um 20 Pfg. für das Paket. Als „gute“ Hausfrau im Sinne unserer Philister hat sie sich um Politik nicht im entferntesten gekümmert, sie kann sich deshalb absolut nicht erklären, woher plötzlich diese Preissteigerungen kommen, die ein großes Loch in ihren Geldbeutel reißen und ihre ganzen, sorgsam gemachten Berechnungen über den Haufen werfen.

Sie weiß zwar: „Das Quantum Fleisch, das sie für jeden Tag vorgesehen, ist ohnehin schon recht knapp, eigentlich schon ganz unzureichend, aber jetzt muß sie es noch knapper bemessen. Ja, sie überlegt, ob es nicht sogar für einen oder einzelne Tage ganz ausfallen muß. Daß eine Verschlechterung der Kost der Gesundheit nicht zuträglich ist, weiß sie zwar, aber — was machen, wenn halt alles teurer wird.“

Ärgerlich über die Preissteigerungen hat sie in den Geschäften nicht allzu freundlich nach der Ursache gefragt. „Das machen halt die Steuern“, hat der Verkäufer ihr geantwortet. — Zu Hause beim Mittagmahl klagt sie ihrem Mann ihr Leid. In hellem Zorn schlägt der mit der Faust auf den Tisch und erklärt: „Ja freilich, neue Steuern, erhöhte Zölle uns aufzupacken, das verstehen die „Ritter und Heiligen“ vortrefflich, ob wir darunter zusammenbrechen, was kümmert es sie; ihre Taschen werden dabei voller und voller. Glücklicherweise ist bald Reichstagswahl und da werden wir Rehraus halten, aber gründlich, mit den Brot- und Fleischwucherern!“

Und nun fragt die Frau weiter und weiter und erfährt, welche hohe Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben die einzelnen notwendigen Produkte belasten und damit verteuern. Sie erfährt, daß eine Familie von 4,7 Köpfen außer der Einkommensteuer jährlich 442 Mk. an Zöllen und Steuern zu tragen hat. Sie ist entsetzt über diese Summe und berechnet, um wie viel die Familie sich besser nähren, kleiden, behausen könnte, wie noch etwas zurückgelegt werden könnte für die Ausbildung der Kinder, wenn diese Belastung nicht wäre, und ihr Entsetzen wandelt sich in Zorn, in helle Empörung über jene, die uns diese Steuern und Abgaben auferlegten und damit die ärmere, kinderreichere Familie weit härter belasten als die Familie des reichen Mannes.

Aber ihr Mann hat ja gesagt, bei der Reichstagswahl werde man Rehraus halten mit diesen Volksfeinden, man werde sie hin auswählen aus dem Reichstag. Und da sagt sich die Frau: Ja, warum habe ich denn kein Wahlrecht? Bin ich doch bei diesem großen

„Reinigungsprozeß“ des Reichstages am meisten interessiert. Habe ich als Hausfrau nicht am schlimmsten unter der fortwährend steigenden Steuerlast zu tragen? Soll ich Steuern zahlen, direkte und indirekte noch viel mehr, verlange ich auch einen Einfluß auf Höhe, Gestaltung und Verwendung dieser Steuern.

Die Frau ist also plötzlich politisch lebend geworden. Sie empfindet ihre politische Rechtslosigkeit als ein außerordentliches Unrecht, und da bedarf es nur noch eines Schrittes und sie steht mitten im politischen Kampfe: Im Kampfe gegen den Steuerdruck, im Kampfe ums Wahlrecht.

Die Politik selbst ist es gewesen, die sie zum politischen Leben erweckt hat. Die Politik kam zu ihr in die Küche, sie setzte sich mit ihr zu Tische, sie nahm von ihrem Brot und Fleisch, von Kaffee- und Tee, von Petroleum und von den Streichhölzern, sie zupfte an ihrem Kleid, sie rückte an den Möbeln und am Küchenschirm: da mußte die Frau auf sie aufmerksam werden, mußte sich mit ihr näher beschäftigen! Und alsbald entdeckte sie: Kennen gelernt habe ich „Frau Politik“ jetzt, aber in meinem Interesse beeinflusst und leiten kann ich sie nicht, solange mir das Wahlrecht fehlt. Also auf in den Kampf um das Frauenwahlrecht!

Möge der 19. März, der Frauentag, zeigen, daß es Millionen Frauen sind, die von der Politik zum politischen Leben erweckt trugiglich fordern: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Sozialpolitik vor dem Reichstag.

Nach dem schließlich etwas ermüdenden Detail der ausgehenden Postfatsberatung begann am Sonnabend im Reichstag die große sozialpolitische Generaldebatte, mit der alljährlich die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern eingeleitet wird. Im Mittelpunkt des Tages stand die großangelegte ausgezeichnete und wirkungsvolle Rede des Genossen Fischer, der die gesamten sozialpolitischen Leistungen oder vielmehr Nichtleistungen des nunmehr seinem Ende sich zuneigenden Reichstages der Hottentottenwahlen Revue passieren ließ. Beide Blöcke, der Kaffernblock Willows und der Fußelblock Bethmanns, so verschieden sie sonst sein mögen, sind sich gleich an sozialpolitischer Unfruchtbarkeit. Wie stolz klang doch das Wort des Fürsten Bülow von der Fortsetzung der Sozialpolitik! Fürst Bülow sitzt in der Villa Malta, der Bülowreichstag a. D. liegt im Sterben, und die Sozialpolitik steht noch da, wo sie 1907 stand. Und die bürgerlichen Parteien von Normann bis Mugdan tragen die Mißschuld an diesem kläglichen Fiasko.

Aber die bürgerlichen Redner, die am Sonnabend zu Worte kamen, läßt sich rasch hinweggehen. Herr Piper ließ das duffende Selbstlob des Zentrums ertönen, und der schlichte Mann aus der Potsdamer Werkstatt Pauli hätte sich als der größte Salbaderer der Welt erwiesen, wenn nicht am Schluß der Sitzung der reichsparteiliche Mädchenschullehrer aus Elberfeld, Herr Linz, mit seiner teils auf den Ton einer Nachmittagspredigt, teils auf das Schnarren einer Scharfmachertrabe gestimmten Rede sich als noch größerer Meister in der edlen Kunst des Salbaderns erwiesen hätte. Um etliche Stufen höher stand die Rede des Dr. Müller-Meinigen. Aber eine glänzende Leistung war auch sie nicht. Das Beste an ihr war noch die Kritik an der Mißhandlung des Reichsvereinsgesetzes durch preußische Bureaurenwillkür. Es mag Herrn Müller ja recht schmerzhaft sein, sein zur schönen Paarungszelt mit Bülow erzeugtes Kind so mißhandelt zu sehen. Aber vorausgesetzt ist ihm das alles, was er jetzt beklagt. Hoffentlich beherzigt er die Rede. — Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Telephon-Verteuerung.

Zu dem letzten Kompromißantrag zur Fernsprechgeldordnung bemerkt eine Hanjabunds-Korrespondenz:

„Einige Schönheitsplänerchen, die die Iobden der Kommission unterbreiteten Anträge tragen, ändern an der Tendenz zur Verteuerung nichts.“

Auch nach den neuesten Vorschlägen wird der Fernsprechverkehr mit einer sehr erheblichen neuen finanziellen Belastung bedroht, und es kann gar keine Rede davon sein, daß die jetzigen Anträge für Gewerbe, Handel und

Industrie annehmbarer seien, als die bisherigen Kompromißbeschlüsse. Darauf wird vom Hanja-Bund nochmals mit aller Energie hingewiesen, und es kann nur wiederholt werden, daß der gesamte deutsche Gewerbestand die Verabschiedung eines neuen Telephonarifs auf solcher Grundlage als einen abermaligen ungerechtfertigten Angriff auf seine Lebensbedingungen und seine berechtigten Interessen betrachten würde. In einer Zeit, wo man in England Finanz- und Verkehrszwecke dadurch zu erreichen suchte, daß man die Telephongebühren verbilligt, macht die angebliche Reform im Deutschen Reich einen geradezu peinlichen Eindruck.“

Polenteignungsgelüste.

Dem preußischen Landtage wird in nächster Zeit die „Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Polen für das Jahr 1910“ zugehen. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ gibt die Denkschrift Aufschlüsse, mit welchen Schwierigkeiten die Ansiedlungskommission im letzten Jahre mit dem Landerwerbsgeschäft zu kämpfen gehabt hätte. Die Kommission habe nur unter größten Schwierigkeiten Land erwerben können und nur etwa die Hälfte des Areals kaufen können, wie im Vorjahre: 14 000 Hektar. Von dem angekauften Lande hätten sich nur 10 Proz. in polnischer Hand befunden. Auch dieser Prozentfuß sei gegen das Vorjahr zurückgegangen. Es werde von Jahr zu Jahr immer mehr nötig, daß die Kommission deutsche Güter ankaufe, um das Parzellierungsgeschäft in dem gleichen Umfange wie bisher betreiben zu können.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt, unter diesen Umständen werde es notwendig sein, in nächster Zeit der Enteignungsfrage näher zu treten. Bei der Beratung der Denkschrift im preußischen Abgeordnetenhaus werde die konservative Fraktion die Regierung interpellieren, ob das Enteignungsgesetz zur Anwendung gelangen solle. Man hoffe, daß die Regierung bei dieser Gelegenheit ihre Zukunftspläne enthüllen werde.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erklärte am Sonnabend die Wahlen der Abg. Kreiting-Berlin IV und Wendland-Kassel für ungültig. — Hierauf wurde die Generaldebatte über das Kapitel Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Der Abg. Hackenberg (N.), ein Geistlicher, sprach sich mit aller Schärfe gegen den Gewissenszwang für Dissidentenkinder aus, obwohl er prinzipiell dafür eintrat, daß Religionsunterricht in der Volksschule erteilt werde. Er verlangte, daß Dissidentenkinder nicht gezwungen werden dürften, am Religionsunterricht teilzunehmen. Weiter erklärte er sich gegen die geistliche Schulaufsicht. Sein konservativer Kollege, Abg. Herxneroth, stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und billigte alle reaktionären Maßnahmen der Regierung; er forderte sogar ein energisches Vorgehen der Regierung gegen solche Lehrer, die es wagen, einmal sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder auf ihren Zusammenkünften gegen Regierungsmaßnahmen Stellung zu nehmen.

Nach weiterer belangloser Debatte wurde die Generaldebatte geschlossen; die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt werden.

„Erfolge“ der preußischen Polenpolitik.

Im „Gustav-Adolf-Voten für Ostpreußen“ schildert Konistorialrat Prof. Dr. Venrath-Königsberg, Vorsitzender des Ostpreußischen Gustav-Adolf-Vereins, wie sich die aus Polen und Westpreußen mit schwerem Gelde ausgekauften Polen immer mehr in Ostpreußen ansiedeln und nun hier „das Deutschtum gefährden“. Venrath spricht folgendes vernichtendes Urteil über die Polenpolitik aus:

Und wie so vom Ermlande aus meist deutsche Katholiken, so dringen von Westpreußen Polen als Käufer von Grundbesitz in Masurien ein. Je mehr Güter in den Provinzen Polen und Westpreußen durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission polnischen Händen entzogen wurden und je mehr zugleich die dafür gezahlten Beiträge gestiegen wurden, um so mehr mußte in den Verkäufern der Gedanke Boden finden, daß man sich gerade in Ostpreußen, wo die Güterpreise noch nicht die abnorme Höhe erreicht hatten, schadlos halten bzw. neu ankaufen könne und solle. So gehen in der Tat in rascher Folge größere Grundstückskomplexe in die Hände von Polen über, die heute schon im Kreis Neidenburg 20 000, im Kreise Osterode 15 000 Morgen betragen, und die Folge davon ist, daß die deutschen evangelischen Beamten durch polnische katholische ersetzt werden. Sollte aber das bisher nicht angewandte Enteignungsgesetz in Polen oder Westpreußen zu weitgreifender

Durchführung kommen, so zahlen wir in Ostpreußen die Kosten, falls nicht zugleich ein besonderer Schutz gewährt wird"

Die ostpreussische Zentrums Presse weist darauf hin, daß Kemner ostpreussischer Verhältnisse schon längst nicht mehr daran zweifeln, daß ein ungeheurer Preissturz auf dem Getreidemarkt eintreten werde, der Tausende von Landwirten ruinieren wird, wenn die Anstiebskommission und die ihr nachstehenden Landgesellschaften und Güterbanken ihre Fonds erschöpft haben werden. Vielleicht ist auch die Furcht vor dem Ruch der Grundbesitzer die Konservativen den Reichskanzler beschwören, endlich die Enteignung in Angriff zu nehmen.

Besteuerung der Zündholzerfatzmittel.

Nach einer Meldung der „Völschen Zeitung“ soll dem Reichstage demnächst ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Zündholzerfatzmittel zugehen. Außerdem werde eine Kontingenterstellung der Zündholzindustrie beabsichtigt.

Melanholisch bemerkt die „Völsche Zeitung“ zu dieser Meldung:

„Diese Maßnahmen wären eine eigenartige Antwort auf die Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei auf Aufhebung der Zündholzteuer.“

Verbot der Einfuhr von französischem Vieh.

Die bayerische und die badische Regierung haben die Einfuhr von französischem Vieh nach Bayern und Baden vom 12. März an wieder verboten.

Die Haltung der badischen Regierung ist umso verständlicher, als vor ganz kurzer Zeit die amtliche „Karlsruher Zeitung“ gegen agrarische und Zentrumsangriffe feststellte, daß bis heute kein einziges aus Frankreich gekommenes Schlachtvieh mit der Seuche behaftet war, daß dagegen Schlachtschweine aus Norddeutschland die Seuche in Baden eingeschleppt haben; erst dadurch habe sie im Lande größere Ausbreitung erlangt.

Im Landtage für Meiningen

Stand am Freitag die Abänderung des Gemeindevahlgesetzes auf der Tagesordnung. Das meiningische Gemeindevahlgesetz ist zurzeit das reaktionärste in Deutschland: für je 15 Mk. Staatssteuern kann eine Stimme abgegeben werden; die Höchstzahl der Stimmen beträgt 10. Das Gesetz wurde 1897 aus Furcht vor der Sozialdemokratie geschaffen. Unsere Fraktion beantragte Aufhebung des 10-Stimmen-Wahlrechts und Einföhrung des früheren Einkimmenrechts. Die bürgerlichen Parteien obstruierten — keine beteiligte sich an der Debatte — und stimmten den sozialdemokratischen Antrag nieder. Ebenso wurde ein anderer sozialdemokratischer Antrag auf Einführung einjähriger Statsperioden abgelehnt.

Roburg und Gotha.

Im gemeinschaftlichen Landtage für Roburg und Gotha wurde ein Antrag des Abg. Arnold, des Präsidenten des Roburger Landtages, einstimmig angenommen, der die Staatsregierung ersucht, „Erhebungen darüber anzustellen, inwiefern die durch die Ausführung der reichsgegesetzlichen Bestimmungen erwachsenden Abgaben zur Herstellung der finanziellen Gemeinschaft der beiden Herzogtümer führen könnten, und wie sich durch eine solche Gemeinschaft die Verhältnisse der beiden Herzogtümer in Zukunft gestalten würden.“

Die Witwen- und Waisenversicherung — wieder hinausgeschoben.

Die Witwen- und Waisenversicherung sollte nach dem bekannten Antrag des Zentrums zum Volltarifgesetz am 1. April 1910 in Kraft treten. Dieser Termin wurde später auf den 1. April 1911 verlegt, und sowohl Zentrum als auch die Regierung versicherten damals hoch und teuer, daß bis zu diesem Termin diese Versicherung fertiggestellt sei. Seht ist dem Reichstage eine neue Vorlage zugegangen, durch die als neuer Termin für das Inkrafttreten der 1. Januar 1912 festgelegt wird. Ob dieser Termin eingehalten werden kann, erscheint auch noch fraglich, denn zurzeit ist die Reichsversicherungsordnung noch nicht einmal in der Kommission zum Abschluß gebracht worden. Wie diese Vorlage dann durchs Plenum gebracht werden soll, das erscheint völlig rätselhaft. Für eine Durchpeitschung dieses Gesetzes werden die Sozialdemokraten auf keinen Fall zu haben sein; im Gegenteil bei der großen Bedeutung der neuen Bestimmungen für weite Volkskreise ist eine eingehende und sorgfältige Beratung im Plenum geradezu eine unabwendbare Notwendigkeit. Es ist kein Geheimnis, daß die Witwen- und Waisenversicherung zu den Mitteln gehören soll, mit denen die Parteien des Schnapsblocks glauben, die Wähler ködern zu können. Wird nun ins Auge gefaßt, die Witwen- und Waisenversicherung erst zum 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen, dann müßten die Wähler, damit die neuen „Wohltaten“ im Wahlkampfe einprechend ausgenutzt werden könnten, in der Tat erst im Januar 1912 vollzogen werden.

Die Nachwahl in Siegen im Lichte der bürgerlichen Presse.

Der Ausfall der Wahl in Siegen-Ridda hat bei der Presse des Schnapsblocks wieder ein Wehegeschrei ausgelöst. Einig ist sie aber darin, daß an der Niederlage nur der Liberalismus die Schuld trägt, der deshalb auch weidlich schreit gemacht wird.

Die „Staatsbürgerzeitung“ bemüht sich die antisemitische Niederlage damit zu vertuschen, daß sie über die — nationalliberale Niederlage schreibt:

„An Siegen, wo der Kandidat der Wirtschaftlichen Vereinigung, Werner, mit dem Sozialdemokraten in Erwählung steht, haben die Nationalliberalen eine ungeheure Zahl von Wählern verloren. Mit schuld daran mag die Zurückstellung des Pfarrers Korell als fortschrittlichen Kandidaten sein. Immerhin ist der Stimmenverlust von 748 auf 259 Stimmen ungeheuerlich und er beweist, daß man in nationalliberalen Kreisen durchaus keinen Grund hat, über Augenblickserfolge zu jubeln.“

Die der „Staatsbürgerzeitung“ stamverwandte „Deutsche Tageszeitung“ befrängt sich darauf zu konstatieren, daß sich die Parteien der Rechten des Wahlsfeldes nicht zu schämen hätten. — Von einer Niederlage

der liberalen Parteien spricht auch die „Kreuzzeitung“. Sein Urteil über das Wahlergebnis faßt das Junkerblatt in folgende Sätze zusammen:

„Es ist Tatsache, daß die Linke heruntersinkt und die Sozialdemokratie heraufsteigt, daß schließlich der Liberalismus zwischen der Rechten und der Sozialdemokratie zerrieben werden muß. Jetzt ist die Fortschrittliche Volkspartei vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Wähler dem „Genossen“ zuzuführen. Tut sie es nicht, dann hat sie es zu büßen. Sie darf nicht einmal wagen, dem sozialdemokratischen Kandidaten eine schriftliche Verpflichtung für sein parlamentarisches Verhalten abzuverlangen. Sie muß ohne weiteres gehorchen. Und sie wird es tun; denn sie ist von der Sozialdemokratie sklavisch abhängig.“

Die „Post“ ist der gleichen Meinung, sie betont, daß die Hege gegen Zentrum und Konservative nur zu einer Stärkung der Sozialdemokratie führt und schließt dann ihre Ausführungen mit den Sätzen:

„Es zeigt sich aber auch hier, daß der Liberalismus in sich keinen Anhalt und keinen Untergrund und daß die geistige Anarchie, die der Liberalismus im Grunde als Recht jedes Menschen fordert, offenbar mit gewisser innerer Notwendigkeit in einer einzigen Entwicklungsreihe zur Förderung wirtschaftlicher und sozialer Anarchie führt, die natürlich dann praktisch im geistigen Terrorismus und im wirtschaftlichen und sozialen Zuchtstaat der Sozialdemokratie endet.“

Die „Germania“, der der Ausfall der Wahl in Immenstadt noch in den Gliedern liegt, beschränkt sich auf den Nachweis, daß der Rückgang der Antisemiten nicht als ein Erfolg des Liberalismus anzusehen sei.

Die liberale Presse bedauert zwar, daß kein liberaler Kandidat in die Stichwahl gekommen ist, sie äußert sich aber höchst befriedigt über den neuen Schlag, den der Schnapsblock erlitten hat. Die „Völsche Zeitung“ nimmt als gewiß an:

„daß das Mandat des ersten heftigen Wahlkreises dem Antisemitismus und damit der konservativ-reaktionalen Mehrheit verloren geht, nach Verdienst und Würdigkeit, und daß Gießen eine neue Etappe auf dem Wege nach Philippstadt bedeutet.“

Das „Berliner Tageblatt“ schließt seine Wahlbetrachtungen:

„Für die Stichwahl werden die Wähler des Pfarrers Korell wissen, was die bei der Hauptwahl betätigte Überzeugung von ihnen fordert. Können sie ihre Stimme in der Stichwahl nicht mehr für einen liberalen Kandidaten abgeben, so werden sie sie gegen den Reaktionär in die Waagschale werfen. Da die nationalliberalen Wähler jetzt zweifellos ihr antisemitisches Herz entdecken werden, so wäre Zuhausebleiben Verrat an der liberalen Sache. Mit einiger Spannung darf man übrigens der Parole entgegensehen, die die nationalliberale Parteileitung ausgeben wird.“

Pressesachverständige.

Der preussische Justizminister hat in einer allgemeinen Verfügung bestimmt, daß die Justizbehörden „in geeigneten Fällen“ von dem Anerbieten des „Reichsverbandes der deutschen Presse“ Gebrauch machen könnten, erfahrene Sachverständige zur Erstattung von Gutachten über Fragen, die das Wesen und die Einrichtungen der deutschen Presse betreffen (über die Organisation und den inneren Betrieb des Zeitungsdienstes, das Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion, zwischen Anzeiger- und redaktionellem Teil und ähnliche Fragen) zu bezeichnen.

Reichstagsarbeit.

Nach einer parlamentarischen Korrespondenz soll dem Reichstage der Gesetzentwurf über den Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nach vor Ostern zugehen. Außerdem solle ihm nur noch das Privatbeamtenversicherungsgesetz vorgelegt werden. Eine Reihe von anderen kleineren Vorlagen (Entwurf über die Haftung der Strassenbahnen für Sachschäden, Seeunfallgesetz usw.) würden dem Reichstage erst in der nächsten Session zugehen, da sie mit Material bereits sehr überlastet sei.

Großbritannien.

Der Flottenwahnfried. Der Flottenetat für 1911 bis 1912 beläuft sich auf 44 392 500 Pfund Sterling (888 Millionen Mark), gegen 40 603 700 Pfund Sterling im Etat für 1910/11. Für Neubauten sind 15 063 877 Pfund Sterling gegen 13 279 830 Pfund für 1910/11 eingelegt. Das Personal soll um 3 000 Mann vermehrt werden. Das neue Programm sieht außer fünf großen Panzerschiffen drei geschützte Kreuzer und einen ungehulzten Kreuzer, 20 Torpedobootszerstörer, 6 Unterseeboote, 2 Fluchkanonenbootzerstörer, Werkstätten-schiffe und 1 Hospitalsschiff vor.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 13. März.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände. Der Jahresbericht des Arbeitersekretariats pro 1910 ist erschienen und kann in der Sprechzeit im Sekretariat abgeholt werden. Also von 12 bis 2 Uhr mittags und von 6 bis 7 1/2 Uhr abends. Außer Mittwoch nachmittags.

Die Aufsichtskommission.

Die Lübecker Bürgerschaft hält am kommenden Montag, dem 20. März, eine Versammlung ab, in der voraussichtlich mit der Beratung des Staatsbudgets begonnen wird.

Der Bürgerausschuß erledigte auch in seiner dritten Sitzung, die sich mit dem Staatsbudget zu befassen hatte, vieles noch nicht. Aus den Beschlüssen, die zum Budget vom Bürgerausschuß gefaßt wurden, ist folgender bemerkenswert: Der Bürgerausschuß erludt den Senat, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen auf Bewilligung von 60 000 Mark zur Abbaugerung der Baition Rehbock und Begrabdigung des Stadtgrabens bei der Puppenbrücke.

Der „arbeits-negative unterrichtete Politiker des Lübecker Tagesblattes“, der nicht ehrlich sein kann — wie die in dieser Hinsicht jedenfalls gut unterrichtete „Eisenbahn-Zeitung“ behauptet — ist fürchterlich erbozt darüber, daß wir unsere Leser mit einer kleinen Skizze ihres komischen Großmühseltriebes belustigten. Alle Schimpfwörter, die das nächste Klugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokraten enthalten wird, müssen dazu dienen, die wenigen Abnehmer des Blättchens in einen Zustand der Abneigung zu versetzen, aus dem wahrscheinlich nur ein guter Cognac hinarbeiten wird. Wir sprechen nur unser Bedauern für die Armen aus.

Die Lübecker Landbewohner beabsichtigen, bei der kommenden Reichstagswahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Am Sonntagabend beschloß eine Versammlung des Vereins der Landbewohner der Freien und Hansestadt Lübeck in diesem Sinne. Eine Unterstutzung der „linksliberalen“ Kandidatur Klein für den Lübecker konservativen und Landwirten ganz unmöglich, so wurde unter allgemeiner Zustimmung erklärt. Dem hiesigen Zentrum ein Wahlhindnis anzutragen, wurde vorläufig noch nicht beliebt, doch hielt man ein solches Hindnis nicht für ganz ausgeschlossen. Die Frage, wer Kandidat werden soll, harret noch ihrer Lösung. Der Oberst der hiesigen Wäldler, Lauenstein, lehnte die Übernahme der Kandidatur ab. Uns kann es natürlich ziemlich gleichgültig sein, ob die Lübecker Reaktionen der verschiedensten Richtungen einen oder zwei Kandidaten aufstellen. Aber Herr Klein wird es sicherlich schmerzen, daß er das Vertrauen, die Liebe und vor allem die Unterstützung der Brotverleiher einsteifen entbehren muß. Auch der berüchtigte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der doch Klein mächtigster und treuester Schutzhund ist, wird in eine Art Zweckmäßigkeit gelangen da ihm schließlich der konservative noch näher steht, als der Mischmasch aus angeblichen Liberalen und Nationalliberalen. Vielleicht findet er einen Ausweg in der Richtung, daß er seine Dreckschleuder mit verdoppeltem Eifer gegen die Arbeitererschaft und ihren Vertreter in Tätigkeit setzt. Denn er muß doch für zwei stinken.

Die Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse im Lübeck bezogt ein Senatsantrag, der eine Kommission des Bürgerausschusses passiert hat und in nächster Zeit die Bürgerschaft beschäftigen wird. Die Vorschläge der Kommission, die zwar nicht materiell aber doch sonst in mancher Beziehung von der Vorlage des Senates abweichen, als wenn in einem mehrjährigen Vertrag mit dem Verein der Musikfreunde. Nach demselben verpflichtet sich der Verein, vom 1. April d. Js. ab bis 15. Mai 1914 ein aus besten Kräften zusammengesetztes Orchester zu halten, das außer dem Kapellmeister während der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai aus 83 Musikern, während der übrigen Zeit aus 99 Musikern bestehen muß. Der Staat verpflichtet sich dagegen, dem Verein der Musikfreunde zu den Kosten, die ihm das Orchester verursacht, einen jährlichen Beitrag zu leisten. Der Höchstbetrag wird für das Jahr 1911/12 auf 34 900 Mk., für 1912/13 auf 37 700 Mk., für 1913/14 auf 38 500 Mk. festgesetzt, für die übrigen Jahre bleibt die Festsetzung vorbehalten. Der Verein der Musikfreunde ist verpflichtet, vollständige Konzerte und Sinfoniekonzerte in gleichem Umfang wie bisher zu veranstalten, auch verpflichtet, dem Direktor des Stadttheaters für die Zeit des Vertrages sein Orchester ohne den Kapellmeister für die Zwecke des Theaters zur Verfügung zu stellen. Für die Zeit von Mitte Juni bis Mitte September sind 38 Musiker nebst einem Kapellmeister für das Kurorchester in Travemünde zu stellen. Das Finanzdepartement zahlt dafür 25 600 Mark. Auch ein Bläserchor von 15 Mann ist für Travemünde zu bilden, der dort Konzerte zu veranstalten hat. Zu seinen Beratungen hat der Verein Kommissare der Theaterbehörde zuzuziehen, ferner ist er verpflichtet, seine Sitzungen dahin zu ändern, daß im Falle der Auflösung des Vereins das Vereinsvermögen, insbesondere das vom Verein erworbene Material an Noten und Instrumenten dem Lübeckischen Staate zu überweisen ist.

Postalisches. Offene gedruckte Karten, die den Bedingungen für Drucksachen nicht entsprechen, trotzdem abgesandt worden und nach dem Bestimmungsort gelangt sind, werden den Empfängern, die zur Annahme bereit sind, künftig gegen Zahlung der Gebühr für unzureichend frankierte bzw. unfrankierte Postkarten ausgehändigt werden, gleichviel ob die Karten die Bezeichnung „Postkarte“ tragen oder nicht. Voraussetzung ist jedoch, daß die Karten überhaupt als Postkarten angesehen werden können. d. h. daß sie nach Form, Größe, Papierstärke nicht wesentlich von den durch die Post ausgegebenen Formularen abweichen und keine unzulässigen Aufstellungen und Beifügungen von Warenproben usw. enthalten.

Handelsregister. Am 8. März 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma Norddeutsche Wurstfabrik vorm. Liedtke u. Stolterfoht Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Durch Beschluß der Gesellschaft vom 22. Februar 1911 ist das Stammkapital um 25 000 Mk. erhöht, es beträgt jetzt 175 000 Mark. Die §§ 2 und 8 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert; 2. bei der Firma Herm. Behn u. Co. in Lübeck: Der Kaufmann F. C. Scheel ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die durch begründete Offene Handelsgesellschaft hat am 5. März 1911 begonnen. Die Prokura des F. C. Scheel ist erloschen; 3. bei der Firma Ernst Lüth in Lübeck: Jeglicher Inhaber: Kaufmann C. G. Fink in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Fink ausgeschlossen. Die Prokura der Ehefrau Maria Lüth geb. Grube ist erloschen. Die Firma ist in Ernst Lüth Nachf. Inh.: Emil Fink geändert; 4. bei der Firma Friedr. Otto Wallerstedt in Lübeck: Die Firma ist erloschen. — Am 10. März 1911 ist eingetragen: 1. die Firma G. G. G. S. U. Co. in Schwanen i. M., Zweigniederlassung unter gleicher Firma in Lübeck. Inhaber: G. C. Gohn, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma Peter Gög in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma Motorboot-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Der Geschäftsführer Alfred Koch in Lübeck ist gestorben. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführer-Stellvertreters G. Kreplin in Lübeck ist beendigt. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann H. C. Koch in Lübeck und zum stellvertretenden Geschäftsführer der Kapitän August Dume in Lüben bestellt. Der § 6 des Gesellschaftsvertrages ist dementsprechend abgeändert. Durch Beschluß der Gesellschaft vom 3. März 1911 sind weiter die den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, nämlich die §§ 7, 8 Ziffer 3 und 9 Abs. 2 aufgehoben.

pb. Billiges Bier. Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der unter dem Vorwande, ein hiesiger Wirt komme mit seinem Bier zu kurz, sich bei einem Bierverleiher 25 Flaschen Bier erwandelte, und am selben Tage, in Gemeinschaft mit einem zweiten Arbeiter, noch den Versuch machte, unter derselben Vorpiegelung sich ein Faß Bier zu erwandeln.

pb. Verführerische Damenstiefel. Aus einem Hause der Beckergrube sind am 8. d. M. in der Mittagszeit 1 Paar fast neue Damen-Schnürstiefel abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Reines Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, kommt Albert Forigings komische Oper „Der Wildschütz“ zur Aufführung. In den Hauptpartien sind die Damen Weber, Eitzen, v. Neudorff sowie die Herren v. Schenk, Fischer, Haas beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr v. Schenk. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blummann. — Am Mittwoch, abends 8 Uhr, ist bei kleinen Preisen die reizvolle Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß angelegt. — Donnerstag findet ein letztmaliges Gaiispiel des Charakter-Komikers

Hüller statt und zwar wird der Künstler den Amtsvo...
sther Wehrhahn in Gerhart Hauptmanns wirkungsvoller
Diebestomdie „Der Wiberpelz“ darstellten.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Ein sehr inter-
essantes Gaskspiel steht uns bevor. Direktor Fritz Seidl,
welcher hier kein Fremder mehr ist, hat mit Paul Lindes
Metropol-Theater-Schlager „Hallo! Die große
Revue“ eine Turnee durch Deutschland unternommen und
kehrt am 16. d. Mts. auch bei uns auf allerdings nur kurze
Zeit als Gast ein. Wer eine Revue besucht, erwarte nicht,
eine Operette oder überhaupt eine zusammenhängende Hand-
lung zu sehen, sondern mehr eine Art glänzender Spezial-
itätenkunst; denn es bietet bei genauer Betrachtung die Revue
mehr Inhalt als ein Duzend Operetten und Schwänke zu-
sammen, und der Mitarbeiter des Verfassers ist niemand
anders, als die Zeitgeschichte selbst. Die Revue ist ein dra-
matisches Witzblatt, die Geschichte der verflochtenen Jahre,
betrachtet aus der Perspektive des Humors und der Satire.
In abwechselungsreichen Bildern, verbunden durch wirkende
Musik, rollen die Ereignisse an Auge und Ohr des Besuchers
vorüber, durch alle nur denkbaren Hilfsmittel der Bühnen-
kunst zu plastischem Leben erweckt, und was den politischen
Witzblättern die Illustration, das ist der Revue die Musik.
„Hallo! Die große Revue“ sprudelt in sogenannten „Schla-
gern“! Die Dichterarbeit, dem Publikum der Provinz diese
Revuen in tadellosester Ausstattung und vollendetester künst-
lerischer Aufführung von allererstklassigen, den Berlinern
gleichwertigen Künstlern zu bringen, hat Dir. Fritz Seidl
übernommen, welcher einen Kreis bedeutender, namhafter
Künstler und Künstlerinnen um sich versammelt und die in
Berlin unzählige Male aufgeführte Revue revidiert und
modernisiert hat. Die gänzlich neue glänzende Brachtaus-
stattung haben die rühmlichst bekannten Firmen Georg Hart-
wig u. Co., Charlottenburg, geliefert. Die eleganten Balletts
sind vom Ballettmeister Giovanni Cerutti einstudiert und
werden von 30 Damen exekutiert. „Wer vieles bringt, wird
jedem etwas bringen“! Dieses ist die Devise der Revue,
daher hat sie den berechtigten Anspruch darauf, die ange-
nehmste Unterhaltung des Publikums zu sein.

Katekau. In einer Volksversammlung, die
hier gestern abend im Lokale der Frau Kopp tagte, sprach
Genosse Stellung-Lübeck über die gegenwärtige politische
Lage. — Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich
gestern abend 6 1/2 Uhr beim Gasthof drei Linden. Dort
vergüßten sich mehrere junge Leute damit, daß sie Reit-
übungen veranstalteten. Ein junger Mann, namens Emil
Wert aus Dummerdorf, der im jugendlichen
Übermut allzu waghalsige Kunststücke ausüben wollte, stürzte
mit dem Pferde und erlitt hierbei so erhebliche Verletzungen,
daß er besinnungslos liegen blieb. Man schaffte ihn in die
Wirtschaft und requirierte sofort ärztliche Hilfe. Bis gestern
abend spät war das Bewußtsein noch nicht wieder zurück-
gekehrt.

Hennelsdorf. Mit den bevorstehenden Reichs-
tagswahlen und der politischen Lage beschäftigte sich
eine gestern nachmittag hierelbst abgehaltene, sehr gut be-
suchte Volksversammlung. Das Referat lag in den Händen
des Genossen Stellung-Lübeck, der zum Anschluß an
den sozialdemokratischen Verein aufforderte, mit dem Ge-
folge, daß mehrere Versammlungsbesucher dieser Aufforde-
rung Folge leisteten. In der Debatte ersuchte Genosse A.
Reinhold-Lübeck die anwesenden unorganisierten Bau-
arbeiter, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen. Nach einigen
kräftigen Worten zweier Katekauer Genossen fand die Ver-
sammlung, die uns hier sicherlich wieder ein gut Stück vor-
wärts gebracht hat, ihr Ende.

Genin. Die Landverbände des Fürstentums
Lübeck beschäftigten sich in ihrer Landesversammlung am
Sonntag abend mit den kommenden Reichstagswahlen.
Nachdem ein auswärtiger Großgärtner sein Sprüchlein auf-
gelesen hatte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:
Der Bund der Landwirte im Fürstentum Lübeck dankt dem
Vorstand in Berlin für seine klare politische Haltung zu
einer Zeit, in der sonstige nationale Parteien sich nicht
scheuen, mit der Umsturzpartei zu paktieren. Der Bund der
Landwirte wird bei den Reichstagswahlen nur einen solchen
Kandidaten unterstützen, der national und volkswirtschaftlich
zuverlässig erscheint. Als zuverlässig in diesem Sinne er-
scheinen ihm solche nationalliberale Kandidaten nicht, die sich
der Fraktion unter Wasserarm anschließen wollen. Zwischen
diesem und dem Freisinn kann kein wesentlicher Unterschied
gefunden werden. Falls die Nationalliberalen dagegen einen
Kandidaten der alternativen liberalen Richtung, der sich der
Fraktion im Reichstage nicht anzuschließen verpflichtet, auf-
stellen, so wird der Bund der Landwirte diesen eifrigst
unterstützen. — Die Resolution wurde mit allen gegen eine
Stimme angenommen. Die Nationalliberalen werden sich
darnach zu richten haben.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. Klagen über
Eisenbahnschmerzen bildeten die Einleitung der Debatte in
der letzten Sitzung. Von den Vereinten Liberalen wie von
den Linken waren Anträge gestellt, die den Senat ersuchten,
auf die preussische Eisenbahnverwaltung einzuwirken, damit
einmal der Vorortverkehr gebessert werde, dann aber auch
die Verbindung zwischen Hamburg und Ruzhaven und Ham-
burg und Bergedorf, die ja wirklich jämmerlich ist, endlich
den Bedürfnissen des Verkehrs gemäß eingerichtet werde.
Verschiedene Redner, darunter auch Genosse Meyer, be-
gründeten die Beschwerden. Die Verkehrsanträge
wurden angenommen. Aber die Wertzuwachssteuer
und das mutmaßliche Verhältnis zur Reichswertzuwachs-
steuer gab es eine längere finanztechnische Aus-
einandersetzung, in der Genosse Stolten erklärte, daß die so-
zialdemokratische Fraktion durchaus nicht für die Methode
des Herrn Dr. Cohen sei, willkürlich einzelne Einnahme-
posten aus dem Budget herauszugreifen und für sich zu er-
höhen. Beim Artikel Finanzdeputation verwies Genosse
Stolten darauf, daß zwei Millionen für Schuldentilgung an-
gesetzt seien, die aus dem laufenden Budget gedeckt werden
sollten. Da wäre es doch finanztechnisch weit richtiger,
namentlich da das Budget mit einem erheblichen Defizit ab-
schließe, diesen Betrag den überschüssigen früherer Jahre zu
entnehmen. Natürlich wurde der sozialdemokratische Antrag
abgelehnt. Bemerkenswert ist noch, daß auch über die Nuzbar-
machung der Gasquelle von Neuenamme gesprochen wurde,
und daß der Senatskommissar Dr. Diebel bemerkte, die Aus-
beute müßte wegen des Risikos dem Privatkapital über-
lassen werden, wenn wir erst ein Verzeichnis geschaffen hätten.
Beim Artikel 45. Polizeibehörde, gab es eine Automobi-
ldebatte. Herr Bunzel von den Vereinten Liberalen hatte
den schnurrigen Einsatz zu verlangen, daß auch Benzinauto-
mobile für den Droickfenverkehr gestattet werden sollten. In

ändern Städten müsse man den Geruch auch vertragen, und
die Hamburger würden es auch vertragen. Mit Humor wies
ihn Dr. Roth von der Linken zurück, der auf das durch und
durch veräuferte Berlin hinwies, wo man jetzt nach den
gemachten Erfahrungen auch nur elektrische Droickfen
konzeptioniere. Zu einer Abstimmung kam es nicht. Aber so
viel ist sicher, die Stimmung war allgemein gegen die Stink-
droickfen, wie Herr Dr. Roth drastisch und wahr sich aus-
drückte.

Kiel. Auffällige Vorgänge auf einem
Kriegsschiff. Unter dieser Überschrift berichtete die
„Schlesw.-Holsteinische Volksztg.“ Ende Juli v. J. über ein
Gerücht, das mit großer Bestimmtheit in Kiel auftrat. Es
handelte sich um Vorgänge, die während der Abzugsfahrt
der Schlachtschiffe auf dem großen Kreuzer „Blücher“ er-
eignet haben sollten. So hieß es u. a., das Schiff sei am
vorhergehenden Sonntag spät abends in den Kieler Hafen
zurückgekehrt, habe zunächst an seine Bole festgelegt, sei je-
doch am nächsten Morgen in aller Frühe unter Aufsicht
eines andern Kreuzers wieder hinausgedampft, um in der
Strander Bucht vor Anker zu gehen. Weder Matrosen noch
Offiziere hätten an Land gedurft. Trozdem sei schon am
Sonntag abend das Gerücht in die Öffentlichkeit gedrungen,
daß an Bord des Schiffes eine große Meuterei unter der
Besatzung ausgebrochen wäre. Der erste Offizier, ja sogar
der an Bord mit anwesende Admiral wäre aufs härteste
bedroht worden. Letzterer habe sich, als das Schiff
im Kieler Hafen angekommen, unter
der Eskorte eines mit scharfgeladenen Gewehren versehenen,
von einem andern Schiffe gestellten Kommandos von Bord
begeben. 80 Mann sollten sofort in Haft abgeführt worden
sein. Die Ursache der Vorgänge werde darauf zurückgeführt,
daß von Anfang an das Essen schlecht gewesen sei. Aus
diesem Grunde hätten einige Abende vorher die Heizer der
Mitternachtswache sich geweigert, den Dienst anzutreten. Es
seien sogar die Feuer unter den Kesseln herausgerissen wor-
den. Ein Teil der Matrosen habe sich ebenfalls an den
Vorgängen beteiligt. Die größte Erbitterung solle gegen
den ersten Offizier geherrscht haben, der die Verwaltung der
Menage unter sich hat usw. Am Schluß wird dann noch
darauf gedrungen, daß die Marinebehörde Aufklärung ver-
schafft. Wegen dieser Notiz war gegen den verantwort-
lichen Redakteur, Genossen Henschel, von der „Volks-
zeitung“ Anklage erhoben worden. Die Verhandlung vor
der Kieler Strafkammer fand am Sonntag abend, dem
11. März statt, nachdem Genosse Henschel schon wegen
der Bonner Borussen-Affäre vier Monate Gefängnis
als allererste Strafe zudiktiert erhalten hatte. Es
waren 34 Zeugen geladen, darunter der Vizeadmiral v. Perin-
gen, ferner Korvettenkapitän Stössel und Kapitän z. S. Frei-
herr v. Kösling, der Kommandant und 1. Offizier des „Blücher“.
Die Vernehmung der drei Offiziere nimmt reichlich zwei
Stunden in Anspruch. Die Herren stellten die geschilderten
Vorgänge direkt in Abrede. Die Offiziere gaben lediglich zu,
daß es nach Indemstellung des Schiffes anfangs mit der
Menage nicht geklappt hätte und daß die Disziplinarrufen
gegen die Mannschaften zum Teil den Durchschnitt über-
stiegen. Die als Zeugen geladenen Mannschaften und Char-
gierten des Schiffes stellen ebenfalls in Abrede, daß irgend
eine Meuterei vorgekommen sei. Über das Essen wurde von
einigen geklagt. Darum befragt, warum sie sich nicht be-
schwert hätten, erklärte einer der Leute: „Das hätte doch
nichts genügt!“ Von den Zivilzeugen wird bestätigt, daß
das Gerücht allein mit einer derartigen Bestimmtheit auf-
getreten sei, daß man an die Wahrheit glauben mußte. Es wurde
auch konstatiert, daß der „Blücher“ allgemein verrufen bzw. als
Verbrecher Schiff bezeichnet sei. Nach fast achtstündiger Ver-
handlung verurteilte die bekannte Großmann-Kammer
den Angeklagten Genossen Henschel dem Antrage des
Staatsanwalts Müllsch gemäß zu einer Gefängnis-
strafe von sechs Monaten. In der ausführlichen
Begründung heißt es: Die Offiziere des Schiffes, namentlich
der erste Offizier, Freiherr v. Kösling, sowie das Heizer-
personal und die sonstigen Mannschaften seien durch die
Notiz aufs schwerste gekränkt worden. Der Artikel sei ferner
von weitgehendster Tragweite für das Ansehen der deut-
schen Marine im Inlande wie auch im Auslande gewesen.
Den Veleidigten wurde die Publikationsbefugnis in den drei
Kieler Tagesblättern, der „Kölnischen Zeitung“ und dem
„Berliner Tageblatt“ zugesprochen.

Braunbühl. Bei der Gemeindevertreter-
wahl in Braunbühl am 10. d. M. wurden die Ge-
nosse Fick und Boot in der dritten Klasse mit großer
Majorität gewählt. Mit ihnen ziehen die ersten beiden
Sozialdemokraten in das Dorparlament ein.

Lüneburg. Das Schwurgericht verurteilte Sonn-
abend die Schweizer Losla und Blaser wegen Raub-
bes und Totschlags, befangen am 5. März an dem
Schuhmacher Müllers aus Aherballig zu 15 Jahren
Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Mchim. Auf schreckliche Weise verübte Freitag
die 26jährige Tochter eines Handwerksmeisters in Osterhede
Selbstmord. Das an Schwermut leidende Mädchen ging in
den Keller, begoß sich über und über mit Petroleum und
steckte seine Kleider in Brand. Ein Gefelle fand die Un-
glückliche lichterloh brennend; sie wurde zwar noch lebend,
aber in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhause zuge-
führt.

Lüneburg. Milde Strafe für un menschliche
Roheit. Wegen erheblicher Überschreitung des Züch-
tungsrechts wurde seinerzeit die Ehefrau H. aus Garften
vom Schöffengericht Celle zu zwei Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Mit dem Urteil nicht einverstanden, legte die Frau
Verufung ein. Vor einigen Tagen stand in dieser Sache vor
der Strafkammer in Lüneburg Termin an. Aus der Ver-
handlung ging hervor, daß Frau H. den ihr zur Erziehung
übergebenen zehnjährigen Schulknaben M. im vorigen Som-
mer des öfteren mißhandelte. Bei näherer Untersuchung
machte der Lehrer die Feststellung, daß der ganze Kör-
per des Kindes über und über mit Striemen
und in allen Farben schillernden Flecken bedeckt war.
Eine ärztliche Untersuchung ergab außerdem eine taler-
große Verletzung des linken Schulterblattes, die bis auf den
Knochen ging. Auf Veranlassung des Lehrers wurde der
bedauerenswerte Knabe der herkömmlichen Pflege entzogen
und fand im Celler Kinderhospital Aufnahme. Zur Heilung
des Armiten waren sieben Wochen erforderlich. Die Ange-
klagte bestritt selbstverständlich jedwede Mißhandlung. „Nur
mit einer Gerte“ wollte sie den armen Jungen, der auch
als faul und widerspenstig von ihr geschildert wurde, nach
Verdienst gezüchtigt haben. Der Lehrer und jetzige Pflege-
vater stellte jedoch dem Knaben das denkbar beste Zeugnis

anst. Vom Staatsanwalt wurde Verhaftung der We-
rühung beantragt. Das Gericht ließ aber eine für solche
Noheit ganz unverständliche Milde walten, nahm, entgegen
dem Vorderrichter, eine fortgesetzte Tat an und erkannte auf
200 Mk. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. — Es wäre
besser, die Richter ließen sich von Milde dort leiten, wo diese
wirklich angebracht ist. Anderschindern gegenüber ist sie es
mahrhaftig nicht.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Modelle“, Schauspiel in vier
Akten von Joh. TraLOW. In seinen Werken schreibt der
Künstler seine Biographie. Das Leben seiner Seele, das
Weben seiner geheimsten Kräfte, sein Ringen, die unendlich
gestaltige Welt zu erfassen, die Widerstände, die sich seinem
Schaffen entgegenstellen, sein Irren und Sich-Zurechtfinden,
seine Fehlschläge und sein Hoffen, das spiegelt sich mehr
oder weniger rein, mehr oder weniger künstlerisch verdichtet
in seinen Schöpfungen wieder. Und so ist auch das vor-
liegende Schauspiel ein Stück TraLOW, ist sogar so stark von
einer subjektiv-lyrischen Stimmung durchzogen, daß die
Interessen des Dramas dadurch gefährdet worden sind.
Es ist die Offenbarung seiner dichterischen Sehnsucht, seines
inbrünstigen Verlangens, sich über den Duft der Erde in
jene Höhe zu erheben, die einsam liegt und einsam macht,
weil nur der Vergnabete den verborgenen Zugang zu ihr
findet. Das ist in dem Stück durch die Schilderung
der Insel symbolisiert, die sich in schweigender Ruhe draußen
im Meer erhebt, nur erreicht und umflichen von den läßt-
flatternden Träumen der Sehnsucht. Und ich würde dem
Stück den Titel „Die einsame Insel“ verliehen haben, weil
er mehr und treffender die Dichterabsicht andeutet als der
aus vielleicht praktischen Rücksichten geborene „Die Modelle“.
Peter Fehrs, ein junger Maler, ist von diesem heiligen
Wollen nach den höchsten Höhen seiner Kunst erfüllt. Er
fühlt die schöpferischen Kräfte sich in ihm regen; er bedarf
nur eines „Sefams“, eines gewaltigen Antriebs noch, der
ihn für seine Idee der künstlerisch vollkommenen Ausdrück-
finden läßt. Er sucht ihn zunächst im Sinnenrausch.
Eine Weltbame, die scheinbar von dem Geiste des Malers
angezogen wird, gibt sich ihm hin. Aber der Brunnen seiner
Kunst raucht dadurch nicht. Und Maria Behrens, die ein-
leben in Entbehrung und Mühe an seiner Seite nicht
ertragen kann, verläßt ihn wieder, um die Beute eines reichen
Genußmenschen, des Professors Spalding zu werden. Wegen
jener Verbindung Peter Fehrs mit der Wandane trennt sich
seine Frau von ihm. Sie hat seinem Schaffen bisher fern-
gestanden, obwohl ihr Herz ihm gehört. Als sie plötzlich be-
greift, daß sie seinem Aufstieg als Künstler im Wege steht,
da gibt sie ihm den höchsten Beweis ihrer Liebe: Sie opfert
sich für ihn auf. Und die Größe dieser Tat läßt seine Schaf-
ferkraft erlösend sprudeln. Die reine, entsagungstarke Liebe
hat die Brücke zu dem Ziel seiner Sehnsucht geschlagen. Nun
kann er sein großes Werk vollenden.

Es würde nicht schwer halten, festzustellen, welche Ge-
vatter zu diesem Kinde der TraLOWschen Muse gebeten wor-
den waren. Aber es dünkt uns müßig, in eine Untersuchung
über die Originalität der Bestandteile des Werkes einzut-
reten. Und so mögen uns einzig seine dichterischen Quali-
täten beschäftigen. Und da muß der artistische Fort-
schritt gegenüber dem Erstlingswert des Autors hervor-
gehoben werden. Wohl ist manches nicht organisch erwachsen,
ist anderes nur „feuilletonistisch“ behandelt, nicht plastisch,
farbentrich Anschauung geworden, wohl ist die Linienfüh-
rung der Charaktere nicht einwandfrei, sondern hier und da
noch skizzenhaft, sprunghaft ausgefallen; aber im ganzen ist
die Entwicklung des technischen Könnens doch recht beachtens-
wert. Der Blick für das theatralisch Wirkame, der schon
beim „Gastmahl von Davia“ auffiel, zeigt sich hier noch ge-
schärft, derjenige Aufbau ist reicher und gewandter ge-
staltet, der Dialog ungezwungener, die Effekte sind geschickter
berechnet worden. Das Theater hat auf TraLOW eingewirkt,
vielleicht schon ein wenig zu stark. Denn beispielsweise scheint
die etwas kraffe Schlussszene des Stückes doch allzu sehr
von dem Streben nach äußerer Bühnenwirksamkeit
mit bestimmt worden zu sein. Aber verhängnisvoller
als dieses gelegentlich zu starke Hervortreten der Theatralik,
das ein ernst an sich arbeitender Künstler leicht in seine Grenzen
zurückweisen kann, dünkt mich für dieses Werk die ungleiche
dramatische Gestaltung seiner Hauptteile. Eigentlich haben
wir es hier mit zwei Handlungen zu tun: mit dem Ringen
Peter Fehrs um seine Künstlerschaft und mit der Jagd Pro-
fessor Spaldings auf Maria Behrens. Die Idealist, die
Materiailist! Während aber in dieser zweiten Handlung
wirkliche Willenskonflikte — die allein dramatisch zu wirken
vermögen — auftraten, wir Schlag und Gegenschlag ver-
spüren und dadurch in steigender Spannung gehalten wer-
den, ist davon bei Peter Fehrs recht wenig vernehmlich. Er
ist vorwiegend ein passiver Held. Die Dinge kommen zu
ihm, nicht er an die Dinge. Er schiebt nicht, sondern wird
ständig geschoben und erringt somit auch seinen endlichen
Sieg nicht aus eigener Kraft. Damit ist aber dem Interesse
an ihm die empfindlichste Wunde geschlagen worden. Spal-
ding, nicht er, nimmt unsere Hauptaufmerksamkeit in An-
spruch. Und alle sonst geschickte Betonung der genialen
Veranlaugung dieser Künstlernatur vermag ihm ein kräftiges
dramatisches Leben nicht einzubringen. Wir scheitern, daß TraLOW
die Schmierarbeiten des hier vorliegenden Problems durch
eine epische Behandlung eher überwunden hätte. Ein ein-
heitlich wirkames Drama hat er uns jedenfalls nicht ge-
geben. Immerhin aber ein Theaterstück, das von seinen
machienden, schöpferischen Kräften ein recht erfreuliches Wort
redet und uns mit berechtigten Hoffnungen auf einen baldi-
gen unbestrittenen Sieg erfüllt.

Aber die von Herrn Brunow ganz vortrefflich ge-
leitete Aufführung diesmal nur wenig. Mit künstlerischem
Einfühlungsvermögen hatte sich Herr Stahl-Nachbauer
in die Rolle des Peter Fehrs vertieft und eine schauspiele-
risch hochstehende, reizvoll analysierte Gestalt geschaffen.
Schlicht und bodenständig, voll warmer Kraft erschien die
Frau Fehrs des Fräul Vilger. Mit scharfen Strichen
zeichnete Herr Brunow ein einheitliches, prächtig ausge-
führtes Charakterbild des Spalding. Eine dankbar ent-
gegenkommene Liebe seiner schöpferischen Kunst bot Herr
Fuchs wieder als Hermann Behrens. Und Fräul. Wetke
suchte mit fesselnder Eindringlichkeit die Marie Behrens vor-
zuleben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig,
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung,
Verleger: E. H. Schwärz, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Lübeck, Finkenstraße 46.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

D. T. V.

Vorstandssitzung
Dienstag abend 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Komitee-Sitzung
am Dienstag, dem 14. März,
bei Fr. Wulf, Gr. Burghstraße.

Die Geburt einer kräftigen Tochter
zeigen an

Karl Böhs und Frau,
Lübeck, den 12. März 1911.

Ein Zimmer, leer oder möbliert,
zu vermieten

Edomaststraße 28. II.
Gutgehender Krämerladen mit Ein-
richtung u. Zwei-Zimmer-Wohnung
zum 1. Juli zu vermiet. Pr. 850 Mk.
Näh. b. Kopcke, Travelpmannstr. 47.

Zu verkaufen ein Altital-Terrier,
7 Monate alt

Ernststraße 7.

Zum 1. April oder später
ein junger Hausbursche.

Näheres
W. Westphal, Engelstraße 38/39

Gelucht
ein kräftiger Laufbursche

für den ganzen Tag.
Schelm & Wege, Mengstraße.

Interen Lesern zur Kenntnis, daß
das Werk

NAPOLEON

nunmehr wieder vorrätig ist.
Preis Mk. 3.—

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Alte und schwere Betten
werden durch
Dampfreinigung der Federn
wieder taublos.

A. M. Otto,

Bilcherstr. 27. Fernruf 2357.
Färberei, Dampf- u. Chem. Reinigung.
Ferner empfehle meine Nachgerichte.

Bettfedern u. Daunen

konturenlos in Ware u. Preis.
Durch gründliche Kenntnisse, Einkauf
aus erster Hand ohne Zwischen-
handel und durch kleine Aufkufen
gebe eine besonders gute Ware
äußerst billig ab.

Weise besonders darauf hin, daß
meine Spezial-Sorten nicht mit
minderwertigen Federn u. Daunen
vermischt sind.

Ansicht der Ware ohne Kaufzwang.

Empfehle meinen Master-, Trifter-
und Saarschneidestalon.

Karl Kaehding, Kottwitzstr. 47.

Nähmaschinen repariert

H. Peters, Geversdörferstr. 48, pt.
Liefert eine Handmaschine zu verk.

Alle im Tapezierfach vorkom-
menden Arbeiten werden gut und
billig angefertigt

Glandorffstraße 36.

Bäckerei

zu kaufen gesucht. Offerten unter
W H L an die Exped. d. Bl.



**Vereinigte
Butterhändler**
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.45** Mk.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Beste rote Lübecka - Rabattmarken.

Arbeiter-Bildungs

**Mittwoch,
den 15. März 1911**

Saalöffnung 3¹/₂ Uhr.

Anfang nachmittags 4 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50—52

**Musikvorträge
für die Jugend**

Mitwirkende: Käthe Hyan, Berlin

(Gesang)

Edith Weiss, Hamburg,

(Klavier).

Eintrittspreis **10** Pfg.

Kinder unter neun Jahren

haben keinen Zutritt.



Verein Lübeck

**Donnerstag,
den 16. März 1911**

Saalöffnung 8 Uhr

Anfang abends 8¹/₂ Uhr

Lieder-Konzert

Käthe Hyan aus Berlin.

= Lieder zur Laute. =

Eintrittspreis **30** Pfg.

einschliesslich Liedertexte.

Rauchen nicht gestattet.

Der Vorstand.

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

KÄTHE HYAN, die sich als eine eigenartige Vortrags-Künstlerin in den letzten Jahren einen Namen gemacht hat, hat sich für ihre Veranstaltungen eine besondere selbständige Form geschaffen. Sie gibt selbst die nötigen Erläuterungen zu den Liedern, die sie zur Laute und in Kostümen entsprechenden Stils vorträgt. Es kommen zum Vortrag: „Lieder der fahrenden Fräuleins“ im Volkston des Mittelalters, ferner eine Anzahl origineller Handwerksburschenlieder, weiter Lieder aus der Biedermeierzeit, alte Gesellschaftslieder und Couplets, teils ernst, teils heiter, alles aber in bestimmten Zusammenhängen geordnet, so dass ein Stück Kulturgeschichte am Hörer vorüberzieht.

Liedertexte an der Abendkasse.

Pflanzkart. ab hier: Rosen 50 kg
5 Mt., 5 kg 60 Pf., Erfurt. Perle u. 2.
Lange kg 5.50 Mt., 5 kg 70 Pf.,
Wurzeln 50 kg 2.50 Mt., 5 kg 85 Pfg.
Eisermann, Gneifenaustr. 6.

Turnhallen-Bauverein e.V.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, 21. März

abends 8¹/₂ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Jüngere Vereinsangelegenheit.

Verschiedenes.

Um besonders zahlreiches Erscheinen

ersucht

Der Vorstand.

Holzarbeiter-Berband.

Zahlstelle Lübeck.

Die am Dienstag, dem 14. März,
fällige Mitglieder-Versammlung
findet nicht statt.

Dafür ist an diesem Tage abends
8¹/₂ Uhr im „Gewerkschaftshaus“,
Johannisstraße 50—52, eine Ver-
trauensmänner-Versammlung.

Die zur Erörterung stehenden
wichtigen Angelegenheiten erfordern
das Erscheinen sämtlicher Ver-
trauensmänner.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Gewerkschaftsvorstände!

Die Gewerkschaften, die vom
1. Mai 1911 bis zum 1. Mai 1912
ihre Festlichkeiten im „Gewerk-
schaftshaus“ abzuhalten gedenken,
werden freundlichst ersucht, dieses
bis zum 1. April 1911 unter An-
gabe des Datums beim Stenomen
des Gewerkschaftshauses, Gen.
Kluth, schriftlich einzureichen.
Die Aufsichtskommission.

Achtung Dachdecker

Oeffentl. Versammlung

aller in Dachdeckerbetrieben beschäftigten
Gehilfen und Hilfsarbeiter

am Dienstag, 14. März, abds. 8¹/₂ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Stadthallen-Theater Lübeck.

Ab 16. März ds. Js.
8 Uhr.

Kurze Zeit!

Ab 16. März ds. Js.
8 Uhr.

Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembles.

Der Sensationsschlager des Berliner Metropol-Theaters!

Halloh! Die grosse Revue!

Satirische Jahresrevue v. Julius Freund. Musikv. Paul Lincke

Paul Lincke Dirigiert die Erstaufführung persönlich.

In Szene gesetzt von Direktor **Fritz Steidl.**

Hauptdarsteller: Damen: Else Heß, Flora Franke, Clara Wittenberg.
Herren: Dir. Fritz Steidl, Eugen Schulenburg, Hugo Wieser, Curt Reising etc.

3 große Balletts 3

arrangiert und einstudiert vom Königl. Mailänder Holballettmeister

Giovanni Ceruti.

30 Damen vom corps de ballet.

1. Bild: Es liegt was in der Luft. 4. Bild: Das dunkle Berlin.
2. Bild: Im Rosengarten. 5. Bild: Das glänzende Berlin.
3. Bild: Ein Schönheitsabend. 6. Bild: Das Fest des Weltfriedens.

Vorkommende Tänze u. Balletts: Der Tanz der Winde. Holländischer
Baby-Tanz. Das Luxusballett. Apachen-Tanz. Großes phantastisches
Silberballett: Das Fest des Weltfriedens.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Preise der Plätze siehe Tageszettel.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14
und Roß, Kohlmarkt 13.

Sonntags 2 Vorstellungen: Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Hansa-Theater.

Ab 16. März:

Gastspiel

des berühmten

Sylvester

Schäffer jr.

und das übrige Programm.

Preise der Plätze: Loge 4 Mk.,

Sperrplatz 2.25 Mk., Parkett 1.75 Mk., Seiten-Parkett 1.75 Mk.,

Parterre 1.25 Mk., Seiten-Parterre 1 Mk., Mittel-Balkon 1.25 Mk.,

1. Balkon, Seite 1 Mk., 2. Balkon 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Vorzugskarten, Offizier- u. Unteroffizier-Bons, haben
keine Gültigkeit.

Eine Partie hochfeine
Stornoway-Mattjes
solange der Vorrat reicht
Stück 5 und 10 Pfg.
H. H. Hoffmann,
Marktwiese 4.
Fernruf 1336.

Achtung Maurer

Außerordentliche

Versammlung

d. Mitgl. d. Zentr. Krankenkass.

„Grundstein zur Einigkeit“

am Dienstag, 14. d. M.

abends 8¹/₂ Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung eines Delegierten

Kandidaten zur Generalversam-

lung.

2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Achtung Töpfer!

Versammlung

am Dienstag, 14. d. M.

abends 8 Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.

2. Kartellbericht.

3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen

ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 14. März

abends 8¹/₂ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Arbeiterbewegung und Alkohol-

frage.

Referent: Genosse Diez.

2. Kartellbericht.

3. Stellungnahme zu dem in einer

vorigen Versammlung gestellten

Untertrag, betr. Einführung einer

Sterbeunterstützung.

4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Freie Jugend Lübeck's.

Mittwoch, den 15. März

abends 8 Uhr

gemüthliche Unterhaltung

im „Gewerkschaftshaus“

(kleiner Saal.)

Zutritt nur für Personen unter

20 Jahren.

Sonntag, den 19. März

von nachmittags 4 Uhr an

Zusammenkunft

im Gewerkschaftshause.

Der Ausschuss.

Stadthallen-theater.

Ab Donnerstag, 16. März, 8 Uhr:

Gastspiel des Fritz-Steidl-Ensembl.

Halloh! Die große Revue.

Musik von Paul Lincke.

Der Komponist Paul Lincke

vom Metropol-Theater in Berlin
dirigiert die Erstauff. persönl.
(Große Annonce siehe nebenstehend.)

Neues Stadttheater.

Dienstag, 14. März, Abds. 7¹/₂ Uhr.

Der Wildschütz.

Romische Oper von Lothring.

Mittwoch, 15. März, Abds. 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Die Fledermaus.

Operette von Joh. Strauß.
Donnerstag, 16. März, 7¹/₂ Uhr.

Mittelpreise!

Letztes Gastspiel G.W. Büller.

Der Biberpelz.

Dieses Komödie v. Gerh. Hauptmann.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. März 1911.

145. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Vom Bundesratsstische: Dr. Debrück.

Zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Die Beratung beginnt beim Titel „Staatssekretär“. Hierzu liegen eine größere Anzahl von Resolutionen vor.

Die Sozialdemokraten verlangen in einer Resolution einheitliche Regelung der für die industriellen Werke bestehenden Pensionskassen, in einer anderen die Vorlegung eines Reichsberggesetzes.

Zentrum und Konservative wünschen Ergänzung und Verschärfung der Bestimmungen über die Wanderlager, das Zentrum außerdem für die Einzelstaaten die Möglichkeit, die Bestimmungen über die Detailreisenden und Hausierer weitgehend einzuschränken.

Weiter wünscht das Zentrum die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge.

Eine Resolution, die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet ist, wünscht, daß im Verein mit Österreich eine deutsche Einheitsstempelgesetz geschaffen wird.

Dr. Piiper (Z.) verbreitet sich zunächst über die Raumkultur in unseren Kolonien. Dann bittet er um Beschränkung der Erwerbungen über den vom Reichstag schon 1907 angenommenen Vertrag, der einen Gelegenheitsvertrag über die Kartelle und Trusts verlangt; weiter polemisiert der Redner gegen den Sanjabund, der wesentlich eine Vertretung der Großindustrie sei und die Vertretung des Handwerks besser den Mittelstandsvereinigungen überlasse.

Seine Freunde fährt der Redner fort, wollen dem Handwerk helfen durch Zuweisung guter Arbeit; deshalb haben wir schon früher verlangt, daß dem Reichstag eine Nachweisung über den Umfang der vom Reich an Handwerker vergebenen Lieferungen vorgelegt wird.

Ebenso wünschen wir, daß mit Energie Ermittlungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes angestellt werden. Wünschenswert ist, daß alle Bebel in Bewegung gesetzt werden, um das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten und das über die Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten zu fördern.

Die Reichsversicherungsordnung beschärftigt alle Parteien. Zu bedauern ist, daß das Arbeitsamtergesetz scheitern wird. Aber ein Reichstheatergesetz schweben Erwägungen.

Zum Schluß möchte ich mit warmer Anerkennung der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten gedenken, sie sollten das Recht erhalten, in Einzelfällen Verfügungen zu treffen.

Am Jahre 1908 hat meine Fraktion einen Antrag auf Ausbau der Tarifverträge eingebracht. Der frühere Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und auch der jetzige haben sich sympathisch dazu ausgesprochen.

Wir haben deshalb die Resolution beantragt, welche die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge wünscht. Wir hoffen, daß das Reichsamt des Innern energisch die Föhrung in dieser Angelegenheit übernimmt.

(Bravo! im Zentrum.) In bezug auf die Fortführung der Sozialreform macht sich in manchen einflussreichen Kreisen eine gewisse Ermüdung geltend.

Aber diese Fortführung ist eine nationale Aufgabe, zu der die bisherigen Gesetze nur ermuntern können. (Beifall im Zentrum.)

Bauck-Botsdam (K.): Die Ermüdung, von der der Redner sprach, ist nicht verwunderlich, sie rührt von dem

schleunigen Tempo unserer Sozialpolitik her, in der wir viel weiter gegangen sind, als die kaiserlichen Erlasse einst im Auge hatten.

Gewerbe und Landwirtschaft gehören zusammen und müssen zusammengehen im eigenen Interesse.

Dem Gedanken der Tarifverträge stehe ich sympathisch gegenüber, aber ihr Abschluß wird immer

schwieriger, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen wochen- und monatelang die Verhandlungen hinziehen — sie werden ja für ihre Tätigkeit bezahlt, und die Arbeitgeber können die Last solcher Verhandlungen nicht auf sich nehmen.

Außerhalb Deutschlands gibt es fast keine Sozialpolitik; aber auch wir dürfen den Vogen nicht überspannen, sonst springt er. (Bravo! rechts.) Die Privatbeamtenversicherung erfreut sich der wärmsten konservativen Sympathien.

Redner sucht nachzuweisen, daß die Konservativen ihre Mittelstandsanträge nur aus unheimlicher Liebe zum Handwerk und nicht etwa zu Wahlzwecken einbringen. (Lachen links, Bravo! rechts.)

Fischer (ZD.): Auf die Ausführungen des Herrn Bauck einzugehen, verlohnt sich wirklich nicht. (Lebh. Zustimmung links.)

Tan gerade er der konservative Generalredner war, ist bezeichnend für den Tiefstand konservativer Sozialpolitik. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Herr Dr. Piiper vries die deutsche Sozialpolitik; was in ihr erreicht worden ist, mußte durchgesetzt werden im harten Kampfe gegen die Unternehmer.

Nur die größte Bescheidenheit, die ich einem so klugen Manne wie Dr. Piiper garnicht zutraue, kann sich in solchen Lobsprüchen ergehen. Jetzt da wir am Schluß der Legislaturperiode stehen, ist es am Platze einmal einen

Rückblick auf die Leistungen dieses Reichstags auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu werfen. Was war das für ein Jubel unter den Staatsbehaltenden, als die Sozialdemokratie angeblich „niedergeritten“ war.

Wenn nicht Bülow in der Villa Malta sich einlamt, kann er sich ja die Zeit mit der Lesüre der damaligen Sieges-Kodombontaden vertreiben. (Weiterkeit und Sehr gut b. d. Soz.)

Tarals wurde in der Thronrede die Fortführung der Sozialpolitik versprochen. Allerdings war nur von der Sozialpolitik „Wilhelms des Großen“, nicht von den Februarerlassen des jetzigen Kaisers die Rede.

(Hört! hört!) Aber überall erklang es damals: nun erst recht Sozialpolitik.

So sprach Bülow, so Passermann, so Willows nachmaliger Nachfolger, der Kanzler der gottgewollten Abhängigkeitsphilosophie. (Hört! und Sehr gut! b. d. Soz.)

Sie grünten Versprechungen wurden gemacht: Privatbeamtenversicherung und Arbeitsamtergesetz und wer weiß, was sonst noch. Der

Benjamin des Bülowblocks Herr Mugdan (Gr. Dst.) verhöhnte das Zentrum wegen der Ergebnislosigkeit seiner papiernen Sozialpolitik. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Und was ist nun das positive Ergebnis gewesen? Wir hörten Worte, Worte, Daten aber haben wir garnicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Herr v. Gamp, der heute wieder nicht da ist (Hört.), bekannte sich als Anhänger der Fortführung der Sozialpolitik und als Gegner jedes Schrittes nach vorwärts.

Das war jene Art von Sozialpolitik, deren Vertreter nicht ruhten, bis sie den wirklichen Sozialpolitiker, den Grafen Posadowsky gestürzt hatten.

Der mußte, was ihm bevorstand. Er sprach von „gütlichen“ Angriffen, die ihn jedoch nicht bewegen würden, Staatssekretär gegen Sozialpolitik zu sein. (Hört! hört! bei den Soz.)

Das war kein Schwanzergang. Auf Posadowsky folgte Theobald (Weiter!), was verpörrt nun Theobald? Den Jehntumdentag, im Grunde nur die gefehliche Festlegung der Grundgesamtheiten der Gewerkschaften.

Weiter die Ausdehnung der Sonntagsruhe, das Arbeitsamtergesetz, das heute noch nicht erreicht ist. Warum nicht? Weil die Regierung die Wünsche des Zentralverbandes erfüllen den Arbeitern keine genügende Vertretung zubilligen will, namentlich nicht den Arbeitern ihrer eigenen Verlebe.

So setzt der Staatssekretär von 1911 seinen Fuß auf die kaiserlichen Erlasse von 1908. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Weiter die Reichsversicherungsordnung, die nur das Attentat verkleinern soll, das gegen die proletarische Selbstverwaltung der Krankenkassen geplant ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Den eh' ich sechs Jahre alt wurde. Mein Vater ward in Wöhmen gehent.

„Gott erbarm' sich, das ist ja schrecklich.“

„Warum denn schrecklich? Lustig ist's. Sie wissen nitgend, was sie mit mir anfangen sollen, weil ich nitgend eine Heimat habe.“

Ich bin hinterm Zaune auf die Welt gekommen, wie eine Kage. Neulich hat mich der Landdragoner festgenommen, hat mich an seines Pferdes Schwanz gebunden und hinein auf's Amt getsefert.

Der Landrat lachte, wie er mich erkaunte, und sprach: „Was soll ich mit dem anfangen? Wo bin ich ihn mit dem Schuß schick, wird er mir ewig wieder zurückgeschickt; sie behalten ihn an keinem Orte, weil er an keinem Orte zu Hause ist.“

Es ist einmal unser Vagabunde; laßt ihn laufen!“ — Da, so lauf ich nun!“

„Ach, wie unglücklich mußt Du sein!“ rief Anton, der seine teilnehmende Mühung kaum zurückdrängen konnte.

„Unglücklich? Daß ich nicht wüßte. Ich kenn's ja nicht anders.“

War's doch von jeher so mit mir beschaffen. Früher, eh' ich Dich lieb hatte, war mir wohl vranachmal, als ob ich's nicht aushielte.

Seidern Du Dich für mich hast prügeln lassen, weiß ich doch einen Menschen auf der Welt, an den ich denken mag, ohne daß mir die Luft in den Gliedern zuckt, ihm wehe zu tun, oder einen Poffen zu spielen.“

„Du mußt krank sein, Wolfgang“, rief Anton mitleidig aus, „so wütend hämmert keines gesunden Menschen Pulsschlag.“

„Den Teufel, mag ich nicht krank sein? Freilich bin ich krank. Ich komme aus dem Fieber gar nicht heraus.“

Aber wenn ich einen tüchtigen Schluß Kornbraunwein hinuntergießen kann, wird mir gleich wieder besser; dann bin ich stark wie der Gesundeste und nehm' es mit jedem auf.“

„Hast Du Schnaps getrunken?“ fragte Anton errötend; „heute, zum Sonntag?“

„Freilich hab' ich, sonst wär' ich nicht so rüutig und meine Augen täten nicht so brennen. Ein fremder Herr, der während der Kirche mit einer Kutsche in Euer Dorf einfuhr, Postpferde vor den Wagen gespannt, hat mir einen Groschen zugeworfen.“

schönen Worten sind keine Taten gefolgt, aber das Gegenteil des Versprochenen.

Also Bluff und Sumbug! Dann ist ja auch das Zentrum noch hier, das damals oppositionell war.

Herr Trimborn führte aus: „Was nützen uns allgemein gehaltenen Beschlüsse zur Sozialreform, wie wie sie in Volkshäfen, Thronreden und gelegentlichen Ansprachen von Bundesratsmitgliedern und noch höheren Stellen gehört haben.“

(Sehr gut! in der Mitte.) Diese allgemeinen Beschlüsse vertieren allmählich jeden Wert, wir wollen endlich Vorlagen sehen.“

Können Sie es uns verdenken, wenn auch wir sagen, die allgemein gehaltenen Beschlüsse zur Sozialpolitik verlieren allmählich jeden Wert, wir wollen Vorlagen sehen.“

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Herr Trimborn verlangte damals die Witwen- und Waisenversicherung, die Sonntagsruhe im Schiffbauergewerbe, die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Rechtsanwaltsbüros, den Schutz der Frauen und Jugendlichen in gesundheitschädlichen Betrieben, kurz ein ganzes, sozialpolitisches Programm.

Auch Herr Spahn entwarf ein solches Programm der Zentrumspartei. Namentlich verlangte er die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Sicherung und den Ausbau des Koalitionsrechts, ebenso der Tarifgemeinschaften.

Was hat die Zentrumspartei in diesen 4 Jahren getan, um dies Programm zu erfüllen? Wenn es nur die Hälfte des Einflusses aufwenden wollte, den es zur Durchführung der Finanzreform aufbrachte, so wäre dies Programm längst erfüllt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nach dem Februar-Erlassen sollten die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein. Das Zentrum läßt es zu, daß sie aus dem Arbeitsamtergesetz herausgenommen werden.

Als bei der Finanzreform die besitzenden Klassen und die Junker zum Zahlen herangezogen werden sollten, setzte das Zentrum seinen Einfluß ein, damit

die Regierung und der Kanzler über die Klinge sprangen. Beim Arbeiterschutz acht es

jedem Kampf mit der Regierung aus dem Wege. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Als 1897

Stamm beantragte, eine Witwen- und Waisenversicherung für alle Arbeiter einzuführen, kam das Zentrum mit dem Antrag, diese Versicherung nur auf die Fabrikarbeiter zu beschränken.

In den letzten Tagen hielt Herr Gröber eine wichtige Rede für unsere Relation zum Warmecrat, wonach zur Regelung der Arbeitsverhältnisse auch die Arbeiterorganisationen herangezogen werden sollten.

Dann aber stimmte das Zentrum geschlossen gegen dieselbe Resolution beim Militärat.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Reichsversicherungsordnung beantragte die Regierung neben der Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen doch wenigstens auch die höhere Belastung der Unternehmer; in der Kommission stieß das Zentrum diese erhöhten Lasten, aber trat ein

für die Entrechtung der Arbeiter. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Solange der konservative liberale Block bestand, schrittigen Regierung und Volksparteien förmlich sozialreformatorische Versprechungen, aber

Sozialreform wurde nicht getrieben. Jetzt beim blaichwarzen Block hören wir auch keine Versprechungen mehr, das Gefühl der sozialen Ermüdung ist über das Zentrum gekommen.

Nachwärts, nach Rodriago, heißt es im Zentrum, der Dänen hat über den verfeuchten Weiten gesagt, die Berliner Richtung über die christlichen Arbeiter des Bommens, welche die Sozialreform ernst genommen haben,

die Ritter und die Heiligen wollen nichts davon wissen, das Zentrum ist aus dem demotkratischen Lager ins konservative abmarschiert. (Sehr wahr!

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(4. Fortsetzung.)

„Das weißt Du nicht mehr? Ich weiß es desto besser und will's Dir wohl sagen. Vor einem Jahr, oder ist's noch länger, gingst Du einmal mit den Töchtern Gures rotznasigen, verjoffenen Barons und mit des Pastors Söhnen ums Dorf herum gegen Abendzeit.“

Ich sah hinter einer Eidehohndornhecke und sah Euch kommen. Ich war voll von Bosheit und Hunger. Beim Pastor wie beim Gutsherrn hatten sie mich von der Tür gewiesen und die älteste von den Schloßknechtens, die ihrem Vater so ähnlich sieht, schrie mir nach: „Hab ich Dir's nicht oft genug gesagt, nichtsnutziger Schlingel, Du darfst die Woche nur einmal betteln!“

Dumme Gans! Wenn sie mich überall auf Sonnabend bestellen nach ihrem arnisieligen, verschimmelten Stück Brot, wovon soll ich denn die anderen Tage leben? Soll ich das verdorrte Zeug, wozu sich jeder rechtichaffene Kettenhund die Zähne ansbeißt, auch noch lange mit herumschleppen? Wie gesagt, ich war voll von Bosheit, und wie Ihr so bei den Hecken vorbei stricht und das häßliche Weisbild seine Schnauze nach der Seite dreht, wo ich sah, da konnt' ich's nicht lassen, ich muß! ihr einen Stein ins Gesicht werfen.“

Und der flog ihr so hübsch zwischen Nase und Maul, daß sie einen Satz machte wie eine Krähe, die angeschossen ist, und Peter brüllte aus ihrem blutigen Schnabel. Ich wollte ausreißen, aber die Pastorenjungen hatten mich entdeckt, holten mich ein und fielen über mich her; zwei über einen. Sie schlugen mich auf den Kopf und wo sie hintrafen mit ihren Knütteln, die sie Schulungensstücke heißen oder Piegenhämmer. Da warst Du Dich zwischen sie und mich, bedecktest mich mit Deinem Leibe und batest, nun möcht es genug sein; und wie sie immer wieder auf mich eindrangten, singst Du an, mit ihnen zu kämpfen, hieltest lieh zurück, daß ich unterdessen entfliehen konnte. Seitdem lieh ich Dich, Anton, Dich allein, wie ich sonst alle hasse.“

„Ich besinne mich jetzt“, sagte Anton; „es ist gerade ein Jahr her. Es war der letzte Spaziergang, zu dem sie mich abriefen. — Du bist in meinem Alter?“

„Ich glaube, Gewiß weiß ich's nicht.“

„Du weißt nicht? Kennst Du nicht Deine Eltern befragen?“

„Ich habe keine Eltern.“

„Auch nicht? Armer schwarzer Wolfgang! Aber doch Verwandte?“

„Niemand. Meine Mutter ist im Zuchthause gestorben,

ch' ich sechs Jahre alt wurde. Mein Vater ward in Wöhmen gehent.“

„Gott erbarm' sich, das ist ja schrecklich.“

„Warum denn schrecklich? Lustig ist's. Sie wissen nitgend, was sie mit mir anfangen sollen, weil ich nitgend eine Heimat habe.“

Ich bin hinterm Zaune auf die Welt gekommen, wie eine Kage. Neulich hat mich der Landdragoner festgenommen, hat mich an seines Pferdes Schwanz gebunden und hinein auf's Amt getsefert.

Der Landrat lachte, wie er mich erkaunte, und sprach: „Was soll ich mit dem anfangen? Wo bin ich ihn mit dem Schuß schick, wird er mir ewig wieder zurückgeschickt; sie behalten ihn an keinem Orte, weil er an keinem Orte zu Hause ist.“

Es ist einmal unser Vagabunde; laßt ihn laufen!“ — Da, so lauf ich nun!“

„Ach, wie unglücklich mußt Du sein!“ rief Anton, der seine teilnehmende Mühung kaum zurückdrängen konnte.

„Unglücklich? Daß ich nicht wüßte. Ich kenn's ja nicht anders.“

War's doch von jeher so mit mir beschaffen. Früher, eh' ich Dich lieb hatte, war mir wohl vranachmal, als ob ich's nicht aushielte.

Seidern Du Dich für mich hast prügeln lassen, weiß ich doch einen Menschen auf der Welt, an den ich denken mag, ohne daß mir die Luft in den Gliedern zuckt, ihm wehe zu tun, oder einen Poffen zu spielen.“

„Du mußt krank sein, Wolfgang“, rief Anton mitleidig aus, „so wütend hämmert keines gesunden Menschen Pulsschlag.“

„Den Teufel, mag ich nicht krank sein? Freilich bin ich krank. Ich komme aus dem Fieber gar nicht heraus.“

Aber wenn ich einen tüchtigen Schluß Kornbraunwein hinuntergießen kann, wird mir gleich wieder besser; dann bin ich stark wie der Gesundeste und nehm' es mit jedem auf.“

„Hast Du Schnaps getrunken?“ fragte Anton errötend; „heute, zum Sonntag?“

„Freilich hab' ich, sonst wär' ich nicht so rüutig und meine Augen täten nicht so brennen. Ein fremder Herr, der während der Kirche mit einer Kutsche in Euer Dorf einfuhr, Postpferde vor den Wagen gespannt, hat mir einen Groschen zugeworfen.“

Fieber hätte, da wollt' ich schon noch viel schlechter sein! Soll ich etwa auch nicht? Weshalb sollt' ich's mit den Menschen gut meinen? Sind sie gut gegen mich? Von meiner Mutter hab' ich nichts als Fußtritte gehabt; meine Nahrung mußt' ich mir selbst zusammenbetteln oder stehlen; und dann nahm sie mir fort, was sie mir gehörte. Der Vater trieb sich mit Dienen herum; sobald ich ihn um etwas bat, schlug er nach mir, gleichviel, ob mit der Faust oder mit einem Stück Holz. Als sie ihn drüben aufgehent hatten, weil er einen Landjuden totgeschossen und beraubt, bin ich von Tür zu Tür gekrochen und hab' gebeten, sie möchten mich aufnehmen, mir Brot geben; ich wollte für sie arbeiten. Zuerst, wenn sie mich neugierig betrachtet, zickelten sie untereinander: „Das ist ein schöner Junge!“ Wenn sie mich aber nach meiner Herkunft fragten, und ich sagte ihnen die Wahrheit, da schrien sie auf: „Was? Den Sohn eines Mörders ins Haus nehmen? Geh' an den Galgen zu deinem Herrn Papa!“ Und sie bezten mich mit Gunden. Damals wollt' ich gut tun; die Menschen wollten's nicht haben. Jetzt will ich nicht.“

„Du wirst Dich aber zugrunde richten mit Deinem häßlichen Saufen, Du wirst immer kränker werden und in den schönsten Jugendjahren sterben.“ sagte Anton.

„Weiß ich's nicht?“ antwortete der Wolfgang, „begeh' ich denn was anderes? Auf dem Wege werd' ich sterben, am Feldwege, im nassen Graben. Desto besser! Wer jung stirbt, braucht alt nicht zu hängen, wie mein Alter. Du — ich seh' ihn noch baumeln! Halb war ich ohnmächtig vor Grauen, und halb war ich lustig vor Freude, daß er mich nicht mehr prügeln würde. Schrecklich war's doch, und ich möchte nicht hängen! Wieh' ich aber am Leben, so kam' ich in jedem Falle an den Galgen oder aufs Rad; das ist' ich. Also wie gesagt: besser, ich werde auf meine eigene Hand und durch mich allein. Das hab' ich Dir jetzt gesagt, Anton; ich hab' Dir gesagt, daß Du der einzige bist, den ich nicht hasse, gegen den ich keine Wut fühle. Nun mußt Du mir dafür versprechen, daß Du mir die Augen zudrückst willst, wenn's aus mit mir wird. Willst Du?“

„Tut Du doch“, sprach Anton gerührt, „als wüßtest Du im voraus, wann Dein Schicksal schlagen soll?“

„Veinab! weiß ich's auch. Und ich werde Dich rufen, wenn es Zeit ist.“

„Mich rufen? Wenn Du im Sterben lägest? Wie wolltest Du das anfangen?“

„Das laß' meine Sorge sein. Ich bin ein halber Zigeuner; kann ein bißel hegen. Du wirst gerufen werden — und damit gut. Jetzt leb' wohl. Ich geh' allein aus dem Walde, damit Dich niemand mit mir reden sieht. Willst Du

bei den Soz.) Auf seinem letzten Münchener Parteitag hat es nicht als erste Forderung erhoben: Kampf gegen die Sozialdemokratie — der ist ja beim Zentrum selbstverständlich und ist auch kein gutes Recht. Aber das Zentrum ging weiter und sprach sich offen aus

für Ausnahmegefesse gegen die Arbeiter.

Die Partei, die groß geworden ist, in den Ausnahmegefessen des Kulturkampfes, die groß geworden ist in Klagen über das mindere Recht der Katholiken, die beständig den Toleranzantrag einbringen, und über die Zurücksetzung ihrer Standesgenossen im Staat und in der Verwaltung klagt, diese Partei fordert

ein Ausnahmegefesse gegen die Arbeiter.

(Zuruf i. Z.: Wer hat das gefordert?) Sie forderten, daß jedem, der sich offen zu den Grundsätzen und Zielen der Sozialdemokratie bekennt, die Aufnahme in den Staatsdienst verweigert wird. (Hört, hört! b. d. Soz. — Zuruf i. Z.: Nur denen mit staatsfeindlicher Gesinnung!) Wären Sie denn nicht jahrzehntelang die Reichsfeinde. Die Reichsfeindschaft und Staatsfeindschaft der Sozialdemokratie hat Sie doch nicht behindert, bei den letzten Wahlen

Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie

zu treffen. (Zehr gut! b. d. Soz.) Mander von Ihnen sähe nicht hier, wenn wir Staatsfeinde nicht für Sie gestimmt hätten, und auch mancher von uns sähe nicht hier, wenn Sie nicht für die Staatsfeinde gestimmt hätten. (Zehr gut! links.) Es gibt übrigens Leute, welche sagen, Sie seien noch viel gefährlichere Staatsfeinde als wir, die Sie Ihren Lehrern und Geistlichen den Antimodernismus auferlegen. Unsere Staatsfeindschaft hat den Fürsten Bismarck nicht gehindert, nach Frankfurt zu telegraphieren: Fürst wünscht Sabor! Und ich weiß nicht, was wohl Herr v. Bendeband darum geben würde, wenn wir so dumm wären zu sagen, unsere staatsfeindliche Gesinnung gekantet uns nicht für Freisinnige und Nationalliberale zu nehmen. (Zehr gut! links.) Diese Redensart von der Staatsfeindschaft ist gerade beim Zentrum am allerlieblichsten angebracht, sie ist eine

so dumme und blödsinnige Heuschel.

daß man sich wundern muß, daß einse Wähler im Reichstag damit kommen. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Der Bischof Hants von Regensburg hat das im bayerischen Reichsrat noch unterrichtet, er sagte, Apostel Paulus hat immer dahin gewirkt, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken;

wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.

wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entlassen wird. Das sagt der Bischof im Jahre 1910 in einer Rede über soziale Gesetze. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das heißt doch nichts anderes als: wir vom Zentrum können von der Regierung keine anderen sozialen Gesetze verlangen, als die sie freiwillig erlassen will. (Zehr wahr! b. d. Soz. Widerw. des Abg. Giesberts [3]) Daß Sie, Herr Giesberts, sich da gegen mit Händen und Füßen wehren werden, ist ja begreiflich. (Zuruf b. d. Soz.) Sie sagten ja auch auf dem Brandenburger Kongress: „Wer die Sozialdemokratie groß gezogen hat, mag sie auch bekämpfen, die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften ist das nicht, auch die sozialdemokratischen Arbeiter sind unsere Brüder.“ Und gegen diese Brüder hat das Zentrum auf seinem Parteitag die Resolution gefaßt, sie

wegen ihrer Gesinnung

aus den Staatsbetrieben herauszutreiben. (Zehr wahr! bei den Soz.) Warum dieser Entschluß der Sozialreform auf der ganzen Linie? Am 11. Februar hat der Staatssekretär ganz offen erklärt, wir befinden uns im Beginn einer aufsteigenden Konjunktur. Wann wollen Sie denn Sozialpolitik treiben, wenn nicht zu solcher Zeit? Weshalb also der Entschluß? Gewiß aus Mangel an Mitteln? Bei den letzten Wahlen haben wir vernommen, wie der Reichskanzler und sein Gefolge wunderliche Reden hielten über den Reichtum der Nationen, die Millionen sprangen nur so. Auch der jetzige Staatssekretär des Innern sagte, der jährliche Überschuss, den das deutsche Volk erzielt, wäre mit vier Milliarden nicht zu hoch geschätzt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da kam man doch nicht sagen, die deutsche Industrie sei so belastet, daß sie keine Mittel mehr zur Durchführung der Sozialreform habe, namentlich wenn wir einen Blick auf die wirklichen Kosten der Unternehmer für die Versicherungsgelegenheit werfen. Die Krankenversicherung kostet pro Versicherten 7,50 Mk., die Unfallversicherung 8 Mk. pro Kopf, die Alters- und Invalidenversicherung 5,50 Mk., also im ganzen kommt pro Jahr auf jeden Versicherten etwa 21,50 Mark das macht, auf den Tag berechnet, ganze sieben deutsche Reichsmünzen. (Hört, hört! bei den Soz.) Und wenn wir die Industrie und die Landwirtschaft beider betrachten, so macht es in der Industrie 12 Bfg., in der Landwirtschaft 5 Pfennige pro Kopf. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da soll eine Industrie, die

jährlich vier Milliarden

zurücklegen kann, nicht in der Lage sein, eine bessere Sozialreform zu tragen. — Wenn die Herren unter sich sind, sprechen sie auch ganz anders. Ein Unternehmer, ein Mitglied der rechten Seite dieses Hauses, sagte in einer Versammlung von Unternehmern, diese Verträge kommen auf das

die Schande nicht an. Auf dem Schlosse möchten sie Dir den Umgang mit mir bösel anrechnen. Leb wohl, — bis zum Tode!

Die noch Anton ein Wort der Entgegnung gefunden auf diesen gewaltigen Abschied, war Wolfgang schon im nächsten Gebüsch verschwunden. Unser junger Freund blühte sich und seinem Nachdenken überlassen. Er verglich sein Schicksal mit dem des unglücklichen Landstreichers und wurde zugeben, daß es, gegen jenes gehalten, ein beneidenswertes sei. Doch dann verglich er ihre Wälder: „Wolfgang's Vater war ein roher, rauher Kerl, das ist richtig!“, sagte er zu sich selbst. „Doch wird er es auch wohl von Kindheit auf nicht anders gesehen haben und gelernt, so wenig als sein armer Sohn. Wohlgedacht man von ihm nichts Besonderes verlangen. Mein Vater jedoch ist vornehmer Leute Kind und reich und ein gebildeter junger Herr gewesen und hat meine Mutter dennoch betrogen, im Tode gelassen, in Tod und Verderben geführt. Wer ist nun Schlichter? Der gemeine Perumtreiber, der den Sohn mißhandelt, wenn dieser ihm ungelegen kommt, oder mein eigener Vater, der niemals nach seinem Sohne fragte, so daß dieser sich nicht einmal rühmen darf, auch nur einen Schlag von der väterlichen Hand empfangen zu haben?“

Der Vergleich fiel nicht zu Graf Guido's Gunsten aus. Ja, wir wäßen es einschätzen, Anton verzirte sich von lebendigen Bedauern für seine Mutter und von inniger Dankbarkeit für die Großmutter angetrieben, so weit in rachsüchtigen Große gegen den, der ihm das Leben gegeben, daß er ihn im Gebirge an den nächsten hohen Baum aufknüpfte und eine Stunde hindurch mit schauerlichem Behagen den passanten Wind für seinen armen Sünder aufblies. Doch hielt diese Praxidierung eines unglücklich zarten Gemütes nicht lange an. „Woh über mich!“ rief er aus, „was kann doch an mich gescheit hat? Vielleicht konnte er da-

Unkostenkonto, auf das Lohnkonto, denn sie seien ja nur ein Teil des Lohnes. (Hört, hört! bei den Soz.) Jedenfalls sei es sicher, daß man von einem besonderen Druck dieser Belastung nicht reden kann, sie betrage ja höchstens 1/2 Proz. des Jahresumsatzes; das, meine Herren“, fuhr er fort, „ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unecht wäre, davon ein großes Geschrei

zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen können. Zudem darf nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in erster Linie zu konkurrieren haben, England und Amerika erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das sagte der freikonservative Abgeordnete Schmidt-Altenburg, es genügt vollständig, um das Geschrei zu kennzeichnen, die sozialen Vorkämpfer machen das Unternehmertum konkurrenzunfähig mit dem Ausland. Und was für Opfer bringen die Arbeiter? In einem einzigen Jahre sind bei den Unfällen 9368 Personen zu Tode gekommen, 1108 sind dauernd Krüppel geworden, die Verunglückten hinterließen 6272 Witwen und 13388 Waisen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Davon hören wir bei den Unternehmern und in der bürgerlichen Presse nichts. Diese Zahlen sind so schrecklich, daß man meinen sollte, jeder der ein Herz in der Brust hat, sollte alles daran setzen, daß die Gesetze zur Verhütung von Unfällen durchgeführt werden. Aber wir sehen die Konventionen und das Zentrum, Hand in Hand, bemüht, das Gesetz für Unfallverhütung umzuwandeln in

ein Gesetz gegen Unfallverhütung.

(Zuruf b. d. Soz., Widerspruch i. Zentr.) — Besonders hoch ist die Zahl der Unfälle an landwirtschaftlichen Maschinen. Von den 21022 Unfällen, von denen weibliche Arbeiterinnen über 16 Jahre betroffen wurden, entfielen auf die Landwirtschaft 18296. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist so auffallend, daß sogar der Kaiser sich im Landwirtschaftsministerium an das Gewissen seiner agrarischen Mitbürger wandte. Er führte aus, daß er sich danach erkundigt habe, ob bei dieser großen Zahl von Unfällen, die dadurch herbeigeführt wurden, daß die Räder der Maschinen von den Transmissionswellen erfaßt wurden, denn keine Schutzvorrichtungen bestanden, und er hätte erfahren, daß in allen diesen Fällen die polizeilichen Vorschriften außer acht gelassen waren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten verlangen, daß, wenn die Unfall-Versicherungsgesellschaft ihre Pflicht zu löst erfüllt, das Reichsversicherungsamt zuständig sein soll zum Erlaß von Schutzvorschriften. Vor wenigen Wochen erst haben die Konventionen und das Zentrum in der Kommission für die Reichsversicherungsordnung sich

ausdrücklich gegen solche Befugnis des Reichsversicherungsamtes.

erklärt (Hört, hört! b. d. Soz.) und gegen diese Verschlechterung des Entwurfs auf Kosten von Leben und Gesundheit von Tausenden von Mädchen und Frauen hat die Regierung nicht gesagt: das lasse ich nicht zu. Es ist ja

nicht Fleisch von ihrem Fleisch, nicht Blut von ihrem Blut.

(Zehr, Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung fügt sich den Wünschen des Zentralverbandes der Industriellen; nur deshalb ist die große Gewerbeordnungsnovelle zurückgezogen. Was für ein

Armutszengnis für die sozialpolitische Tätigkeit

der Regierung ist es, daß sie bis heute noch nicht den Mut gefunden hat, trotz aller skandalösen Zustände die Konkurrenzklausei zu beleuchten. Wir brauchen uns über das innige Verhältnis der Regierung zum Zentralverband nicht zu wundern, an der Ehrenstafel des Feindes, das ihm zu Ehren gegeben wurde, saß ja Herr Bueck zwischen den Staatssekretären Delbrück und Sydow. Auf Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionen zu kommen, haben die Herrschaften keine Zeit. (Zehr wahr!) Wie wohl müssen sie sich gefühlt haben als Herr Bueck sie in ganz ähnlicher Weise abgezette wie Herr v. Bendeband den Reichskanzler (Weiter.) Herr Bueck tadelt es, daß das Reichsamt des Innern bei der Bauarbeiterausperrung keine Vermittlung angeboten hat, und daß es fortgesetzt

der Sozialdemokratie Vorstoß

geleistet habe. (Schallende Heiterkeit links.) Er schloß seine Rede mit den Worten: „Unter Überwindung der kleinlichen Spaltungen in der Industrie muß diese jetzt geschlossen die

Gewerkschaften niederkämpfen und vernichten.

das muß das Ziel des Kampfes sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Als wenige Tage nachher der Reichskanzler hier sprach, konnte man glauben, daß das auch das Programm der Regierung ist. (Zehr wahr! bei den Soz.) Er hat allerdings in seiner gottgewollten Abhängigkeit selbstständig die Verwahrung vorausgeschickt „ich nehme von niemandem und von keiner Seite Direktiven an.“ (Große Heiterkeit bei den Soz.) Schade, daß Herr v. Bendebands Gesicht, als er diese Worte hörte, nicht für den Kinematographen festgehalten wurde. (Große Heiterkeit.) Wir werden den Kampf mit der Regierung aufnehmen, aber wir sind auch hier, um

Anfrage zu erheben

mal's nicht anders, in der Klemme zwischen Liebe und kindlichem Gehorsam? Und später hat er mich vergessen. Das ist natürlich. Er hält mich für tot, wie meine Mutter. Gewiß hat sie ihm sterbend verziehen. Ich will es lebend, ich will ihm verzeihen — und tot sein für ihn. Nein, er soll nicht dort oben hängen an dem schönen, alten Baume!“

Während Anton diese versöhnlichen Worte dem Walde kundgab, erblickte er auf einem Aste der mächtigen Eiche, dicht an einer spaltigen Öffnung des Stammes, mehrere milde Turteltauben, die da drinnen nisteten. Es schienen die Eltern und ein paar Junge zu sein. Eins der letzteren war offenbar der Liebling der Alten, denn es empfing volle Achtung von beiden, während das andere, sobald es sich nähern wollte, anlaufend zurückgestoßen wurde und sogar Bißse von den Schnäbeln seines Vaters und seiner Mutter erhielt. Einer dieser Stöße war zu stark für das kleine Tier; es mannte, verlor den Halt, und noch nicht völlig flügge, fiel es — ohne sich Schaden zu tun — halb schwebend vor Antons Füße.

Der Eindruck, den das einfache Ereignis auf unseren Seiden hervorbrachte, ist nicht zu beschreiben. Er gab sich ihm kindlich hin. Sorgsam ergriff er die kleine Ausgehörne, bedachte sie mit Küßen und Tränen, verließ ihr freundliche Flügel. Seine Liebholungen lachten ihr wohl; sie ruhte friedlich in seinen Händen.

Ritterliche wurden die ungerechten Eltern doch besorgt um ihr verlorenes Kind, stießen allerlei rührende Töne aus und schwangen sich dem Klage, wo Anton lag, immer näher. Er aber, schnell emporspringend, versuchte sie. „Nicht mehr euer Kind!“ rief er laut, daß es im Walde nachhakte. „Sie ist mein! Ich erziehe sie!“

Mit diesem heroischen Ausruf erhob er sich, um den Wald zu verlassen und zu seiner Großmutter heimzukehren.

(Fortsetzung folgt.)

gegen die bürgerlichen Parteien, die ihre Versprechungen nicht erfüllen. Herr Trimbörn sagte 1907, die Jahre 1905 und 1906 sind sozialpolitisch unfruchtbar geblieben. Wir können hinzufügen, die nachfolgenden Jahre waren nicht bloß unfruchtbar, sondern auch erfüllt von allen möglichen Bestrebungen, die Widerstandskraft der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen zu brechen, und wenn das nicht in dem Maße gelungen ist, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien es wollen, so haben die deutschen Arbeiter das

der Sozialdemokratie zu danken.

(Zehr, Zuruf b. d. Soz.) Daß eine starke sozialdemokratische Partei in diesem Hause den nötigen Druck ausübt, dafür werden die deutschen Arbeiter bei den nächsten Wahlen sorgen; Sie haben ihr Bestes getan, um die deutschen Arbeiter anzukümmeln, und was etwa noch notwendig ist, das werden wir nachholen. (Zehrfacher anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Müller-Meinigen (Fort. Vnt.): Die früheren liebestoreten Bundesgenossen, Zentrum und Sozialdemokratie, schildern sich ja ganz nett. Dem Zentrum scheint das Wort des Bischofs Hants, Knecht muß Knecht bleiben, doch schwer im Magen zu liegen. (Zehr richtig! bei den Vnt.) — Das Reichsvereinsgesetz ist gut (Widerspruch b. d. Polen und den Soz.), bei uns ist man damit zufrieden, aber in Norddeutschland wird es

mißhandelt durch die preussischen Landräte.

(Zehr, Sehr richtig! links), entgegen den Erklärungen, die letzterzeit Herr von Bethmann-Hollweg in der Kommission abgegeben hat. (Hört, hört! links.) Vände könnte man füllen mit den Kniffen und Praktiken der Landräte zur Schikanierung oppositioneller Versammlungen. Typhus und Diphtherie, Maul- und Klauenseuche treten auf, wenn liberale Versammlungen abgehalten werden sollen, aber der Mund der Landwirte scheint gegen Maul- und Klauenseuche immun. (Große Heiterkeit.) All das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. (Zuruf bei den Soz.: Wir haben Ihnen das alles vorausgesehen.) Die Volkvertretung sollte energisch darauf dringen, daß die Reichsgesetze auch in Preußen befolgt werden. (Beifall bei den Vnt.)

Linz (Kp): Die deutsche Sozialpolitik steht unerreicht in der Welt da; wir werden sie weiter führen trotz der sozialdemokratischen Verhöhnung. (Bravo! rechts.) Freilich dürfen die Tarifverträge nicht ein Monopol für eine bestimmte Organisationsart schaffen, wie es die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollen. (Zuruf b. d. Soz.: Es gibt keine sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Ich meine die freien Gewerkschaften. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Das sind ja tatsächlich sozialdemokratische Körperschaften. (Zehr, Zuruf, rechts.) Die Reichsgesetzgebung muß eingreifen, um die Tarifverträge und Arbeitsnachweise

vor sozialdemokratischem Mißbrauch

zu schützen. Sehr bedauerlich ist, daß selbst manche Unternehmer sich den

sozialdemokratischen Machtgeboten

unterwerfen. Gesetzgebung, Arbeitgeber, die ganze bürgerliche Gesellschaft muß sich zusammenschließen und aufpassen, gegen den

Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

(Zehr, Beifall rechts. Abg. Ledebour [3D.] ruft: Daß alte Sammlungs-Brimborium, Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie hat kein Recht, Terrorismus zu rufen, wenn einmal ein Arbeitgeber erklärt, daß er keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt. (Abg. Hebel [3D.] Die nackte Proklamierung des Klassenkampfes.) Der Kleiner verbreitet sich dann über Mittelstandsfragen, über die spanisch-deutsche Handelsbilanz, über den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag, der trotz der Revolution in Kraft bleiben müsse (Zehr gut!) und verlangt eventuelle Repräsentationen gegen die Benachteiligung der deutschen Industrie durch Hochschutzzollpositionen im französischen Tarif. (Zehrfacher Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. Schluß 5³⁰ Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Drei volle Sitzungen hindurch ist in der Kommission über die Verwendung der Katalabgaben bereits debattiert worden und noch ist weder das Ende noch ein Resultat vorzusehen. Die Verhandlungen dürfen aber auch allgemeines Interesse beanspruchen, zeigen doch auch sie in recht lehrreicher Weise die Begünstigung agrarischer Organisationen. Am Freitag trat der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der bayerische Bauerndoctor, ebenfalls in der Kommission ein und zwar unter sehr bemerkenswerten Umständen. Weil das Zentrum gemeinsam mit den Junkern die Verwendung der Katalabgaben so regeln will, daß die Agrarier dabei noch ihre Geschäften machen können, verweigerte es dem Fraktionsgenossen Heim einen Sitz in der Kommission; denn Heim opponiert, weil der von ihm geführte bayerische Bauernbund benachteiligt ist. Um doch an den Beratungen teilnehmen zu können, bat Heim die Polen, sie möchten ihm ihren Sitz in der Kommission abtreten, was auch geschah. Die Zentrumsführer versuchten das zu verhindern, indem sie die Polen zu überreden suchten, Heims Wunsch abzuschlagen. Aber die Polen blieben fest und so gelangte Zentrumsabgeordneter Heim gegen den Willen seiner Fraktion zu einem kommissionsfähig.

In der Freitagssitzung ging nun Abg. Heim gehörig gegen die Anträge seiner Parteifreunde und gleichzeitig gegen die Begünstigung der agrarischen Verbände von der Regierung durch das Kaligesez erfahren. Die bedorjugten großen Verbände monopolisierten fast den ganzen Kataliblag, erhalten aus den Abgaben beinahe eine halbe Million Propagandagelder und drücken die kleinen landwirtschaftlichen Organisationen an die Wand. Als Heim vor einigen Jahren für den von ihm geleiteten Bauernbund Kati direkt vom Syndikat beziehen wollte, wurde er an die Zentralstelle verwiesen, die der Bund der Landwirte, die Landwirtschaftsgesellschaft und der Darmstädter Reichsverband unterhalten. Die hohen Rabattsätze beim Bezug von Kati beginnen erst bei einer Jahresabnahme von mindestens 500000 Doppelcentnern, sodas also der hohe Rabatt nur den großen Verbänden zugute kommen kann und soll. Scharf wandte sich Abg. Heim auch gegen die jetzige teure und völlig unweckmäßige Art der Qualitätskontrolle. Nicht minder lebhaft griff er auch die Regierung an, die diese Kalipolitik unterstützt. Amüsant war es, daß Abg. Erzberger, der auch die Zentrumsanträge unterschrieben hat, die von Heim bekämpft wurden, dem Abg. Heim durch Gesten und Zurufe zustimmte. Die Spahn, Röber und Pichler gerieten wegen der Heimschen Rede in ebenso große Verlegenheit wie But, und genau so erging es den Junkern.

Sozialdemokraten und Volksparteier brachten folgenden Antrag ein: Die Kommission wolle beschließen, die Verträge des Kassendiktats mit seinen Abnehmern zur Kenntnis der Bürgerkommission zu bringen. Genosse Hue wies auf die Bedeutung der Heimischen Rede und ihres Materials gegen die jetzige Politik hin, ebenso auf die Tatsache, daß die Regierung weder gegen die sozialdemokratische noch gegen die Heimische Kritik ein ernstes Wort zu sagen wisse. Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt werden.

Reichsversicherungsordnung.

Am Freitag beendete die Kommission die zweite Lesung der Vorlage; die Kompromissparteien beabsichtigen aber über einige Fragen, die noch zu Verhandlungen mit der Regierung Anlaß geben, eine dritte Lesung zu beantragen. Aus der Beschlußfassung aus der letzten Sitzung ist hervorzuheben, daß die Anträge der Kompromissparteien über die Verträge mit den Apotheken und Drogegeschäften angenommen wurden.

Eine längere Debatte entwickelte sich bei dem § 408 über einen konservativen Antrag, der das Verwaltungsrecht der Kassen weiter beeinträchtigt. Die Antragsteller, denen sich Zentrum und Nationalliberale angeschlossen, wollen der Aufsichtsbehörde das Recht übertragen, einen Beamten, der nach der Dienstordnung oder nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung entlassen werden kann, zu entlassen, wenn der Vorstand einer Krankenkasse die Entlassung nicht vornimmt. Der Zweck des Antrages ist, sozialdemokratische Angestellte aus den Kassen entfernen zu können. Diese Tendenz des Antrages und die Niedertracht des Zentrums wurden von unseren Genossen stark gekennzeichnet. Vom Grafen Westarp wurde u. a. ausdrücklich hervorgehoben; daß die Beamten der Krankenkasse einer ähnlichen Disziplinargewalt unterstellt sein müssen, wie die Gemeinde- und Staatsbeamten. Abgeordn. Becker (Zentrum) erklärte, daß die Entlassung eines Beamten erfolgen müsse, wenn er in ungebührlicher, verlegender Weise in der Öffentlichkeit das Zentrum angreife. Also auch hier eine Bestimmung, die als Ausnahmemaß gegen die Sozialdemokratie bezeichnet werden kann und gegen die nur unsere Genossen und die Volkspartei stimmten. Einen Schritt weiter in der Entrechtung der Kassenverwaltungen unternahm die Mehrheitspartei durch die Einfügung eines Paragraphen 418 a, der den Kassen wohl gestattete, Vereinigungen zu bilden, die den allgemeinen Zwecken der Krankenkassen dienen, aber die Aufwendung von Mitteln nur gestattet, wenn im Kassenvorstande Unternehmer und Arbeitervertreter dafür sind. Auch damit soll der Einfluß der Arbeiter zurückgedrängt werden. Mit solchen Beschlüssen hat die zweite Lesung ihren würdigen Abschluß gefunden.

Gewerkschaftsbewegung.

Maunsmut des Trier-Berliner Eisenbahnerverbandes. Die Tagespresse berichtete in voriger Woche über eine große Eisenbahnerversammlung, die am 26. Februar in Berlin stattfand, und in der die Eisenbahnhandwerker und Arbeiter sich bitter beklagten über die elenden Zustände in den Eisenbahnbetrieben, besonders in den Verwaltungen. Ganz besondere Mißbilligung herrschte in der Versammlung über die letzte Lohnzulage, durch deren ungerechte Verteilung viele Arbeiter geschädigt worden seien. Durch Kürzung des Akkordlohnes sei vielen Arbeitern nicht nur die Lohnzulage, sondern noch mehr genommen worden. Der Grundlohn von 25 und 28 Bfg. wurde unter allgemeiner Zustimmung als ein wahrer Hungerlohn bezeichnet und Abschaffung des Akkordsystems und eine gerechte, den Lebensbedürfnissen entsprechende Lohnzahlung verlangt. Daß eine solche Kundgebung ungeheure Aufregung bei der Eisenbahnerverwaltung hervorgerufen mußte, darüber brauchen sich die Eisenbahner keinen Augenblick in Zweifel zu sein. In der Tat haben denn auch inzwischen eine ganze Anzahl von Vernehmungen stattgefunden, und noch ist nicht abzusehen, was die Verwaltung als Antwort wird folgen lassen, ob sie es wagen wird, wie in anderen Fällen auch hier mit Maßnahmen vorzugehen. Papstlicher als der Papst hat sich bei der ganzen Sache wieder die Zeitung des Berlin-Trierer-Eisenbahnerverbandes benommen. Schon in der Versammlung führten die Mitglieder jenes Verbandes lebhaft Klage über die Verbandsleitung. Die Kundgebung war auf einen Besetztag des Verbandes beschloffen und sollte rechtzeitig vor der Beratung des Eisenbahnerrats im Landtag stattfinden, um auf Regierung und Abgeordnete einzuwirken. Um die Ausführung dieses Beschlusses hatte sich die Zentralleitung des Verbandes herumgedrückt und die Versammlung so lange zu verzögern gewußt, bis die Beratung des Eisenbahnerrats in zweiter Lesung erledigt war. Der Zweck der Versammlung ist durch dies Verhalten der Verbandsleitung vereitelt worden. Diese Leitung einer Organisation von 9000 Mitgliedern bemies aber auch noch dadurch besonderen Mut, daß sie in der Versammlung selbst durch Abwesenheit glänzte. Einer, der durch Bauchkrümmen noch nicht ganz das Aufrechtgehen verlernt hat, der vor einiger Zeit von der Zentralleitung zurückgetretene Herr Severin leitete die Versammlung und er wagte es auch, dem Genossen Landtagsabgeordneter Ströbel zu einer kurzen Erklärung zur Geschäftsordnung das Wort zu erteilen. Dieses Verbrechen wird Herr Severin schwer büßen müssen. In der Nr. 9 der Verbandszeitung vom 4. März erläßt die Zeitung folgende Erklärung an erster Stelle:

Die Versammlung der Bezirksvereinigung Berlin am 26. Februar 1911 gibt Zentralvorstand und Aufsichtsrat Veranlassung, das Nachstehende zu erklären:

Wir verwirren auf das Schärfste das Verhalten des Versammlungsleiters Severin, der dem sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hat. Wie wir jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen, hätte der Vorherrscher von seinem Hausrecht in der Versammlung Gebrauch machen und Herrn Ströbel von der Versammlung ausschließen müssen. Dafür, daß er dies nicht getan hat, wird er die Konsequenzen tragen müssen.

Berlin, den 27. Februar 1911.

Namens des Zentralvorstandes und Aufsichtsrates

Die r d e, Kom.-Vorsitzender.

Dem Berlin-Trierer Verbande gehören in Berlin und Berorten zusammen etwa 5000 Eisenbahnarbeiter als Mitglieder an, sehr viele, vielleicht die Mehrzahl, sind sozialdemokratische Wähler. Werden sie auf die Dauer solche Wähler als ihre Führer und eine solche Organisation als ihre Interessensvertretung anerkennen?

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe. Der am 1. Januar d. J. ausgebrochene Streik der Ofenmacher in Bittau ist endlich nach heftigem Kampfe mit Erfolg beendet. Es wurde ein neuer Lohnvertrag mit teilweise recht guten Verbesserungen vereinbart. Für Wittenberg (Bez. Potsdam) und Umgebung wurde auf dem Verhandlungswege ein verbesserter Lohnvertrag abgeschlossen. — Eine langwierige Lohnbewegung der Ofenmacher in Brandenburg a. D. hat endlich einen günstigen Abschluß gefunden. Es kam ein neuer Akkordtarif mit guten Verbesserungen zustande. Die Inhaber der Ofenfabrik in Steinau a. d. Oder, die Herren Bernau und Winderwald beabsichtigen die Ausrot-

tung der organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe. Zunächst ging die Firma mit Maßnahmen vor; Einigungsversuche verliefen resultatlos. Die Arbeiter legten daraufhin einmütig die Arbeit nieder. Nach bekannten Vorbildern verlor es die Firma jetzt mit dem „Unlernen“ unorganisierten Arbeiter. Diese Unglückseligen müssen folgendes Schriftstück unterzeichnen:

„Unterzeichneter erklärt sich hiermit bereit, in hiesiger Ofenfabrik das Nach- und Gefertigtes zu lernen und erhält für die Lehrzeit pro Tag 1.50 Mk. — Die Dauer der Lehrzeit wird auf 4-8 Wochen angenommen; sollte nach dieser Zeit die Fertigkeit des Lernenden noch nicht so weit sein, daß er in Akkord selbstständig arbeitet, so ist es dem Fabrikvorstand überlassen, noch eine vierwöchentliche Probezeit einzugehen oder den Lernenden zu entlassen.

Der Unterzeichnete erklärt ferner, sich, so lange er bei der Ofenfabrik in Arbeit steht, der Organisation der Töpfer nicht anzuschließen. Sollte trotzdem ein Eintritt in die Organisation erfolgen, so ist Unterzeichneter mit sofortiger Entlassung aus dem Fabrikbetrieb einverstanden.“

Damit hat nun die Firma ihr wahres Gesicht enthüllt. Ihr Kampf gilt der Arbeiterorganisation. Der Töpferverband nimmt diesen Kampf getrost auf. Zuzug von Ofenformern ist nach Steinau streng fernzuhalten! — Die Ofenmacher aber mögen sich die nun jedenfalls bald auf dem Markt erscheinende Mutterware dieser Firma beim Bearbeiten genau ansehen, denn die von den Vier-Wochen-Lehrlingen hergestellte Ware wird auf alle Fälle von recht zweifelhafter Qualität sein.

Das Ende eines Kämpfers.

Es sind schon einige Monate verfloßen, seitdem die Nachricht von dem Selbstmorde Negor Sasonoffs, eines der Helden der russischen Revolution, die Öffentlichkeit in Erregung versetzte. Die furchtbare Tragödie in den finsternen Katakomben zu Serentui, hervorgerufen durch die bestialischen Grausamkeiten der Zarenherrschaft, gab den Anlaß für zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen, durch die vor allem die russische indierende Jugend ihren Protest, ihren Abscheu vor der konterrevolutionären Gewalttätigkeit in spontaner Weise kundgab. Seit jetzt drängen aber die Einzelheiten des Dramas in Serentui an die Öffentlichkeit, die den Selbstmord Sasonoffs als das Ergebnis einer planmäßigen Heze seitens der Regierungsagenten, als einen folgenschweren Akt auf dem gefälligen Feind darstellen. Die Mitteilungen und Briefe, die Viktor Tichernoff in der letzten Nummer der „Samaja Truda“ veröffentlicht, geben ein anschauliches Bild von diesen Ereignissen, in denen die leuchtende Gestalt des unermüdeten Kämpfers Sasonoff um so greller hervortritt, je mehr die alles mitternde, zerklüftende Reaktionsperiode mit ihren unerbittlichen Leiden und Enttäuschungen das Bild des russischen Revolutionärs verdunkelt und entstellt hat.

Negor Sasonoff hatte es der neu einsetzenden „liberalen Wera“ Swjarowoff Wurstis zu verdanken, daß er wegen der Ermordung des allmächtigen Nihilisten nur zur Katorga verurteilt wurde. Aber der Sturm der revolutionären Erhebung im Herbst 1905 vermochte nicht, ihn, wie so viele andere Kämpfer, den Fängen des Zarenismus zu entreißen, während die Liberalen, die ihn wegen seiner Tat offen angepöbeln, seinen Finger führten, um seine Verurteilung durchzusetzen. Aber auch in der Katorga, wo Sasonoff dank der Macht seiner Persönlichkeit schnell einen großen Einfluß gewann, blieb er für die Regierung ein gefährlichster Gegner. Nur der Beschluß der von Sasonoff geführten Gefangenen-Gruppe, den ersten Versuch der Anwendung der Katorgastrafe bei den Gefangenen mit Massenselbstmorden zu beantworten — nur dieser Beschluß hielt die vertierete Administration davon ab, auch dieser Gruppe gegenüber die Brutalität und die Schenlichkeit des verschärften Gefängnisregimes zur Anwendung zu bringen. Dennoch sah sich Sasonoff schon 1907 in Aligatschi gezwungen, seinen Beschluß zu vernichten. Indessen war die Morphumdosie, die er zu sich nahm, zu schwach, um ihn zu töten. Er blieb am Leben, und die mannhafte Haltung seiner Gruppe dem Ansturm der Administration gegenüber zwang diese zum Rückzuge. Je näher aber der Zeitpunkt herankam, wo Sasonoff laut Befehl in das „freie Kommando“ übergeführt werden mußte, desto schroffer wurden die gegen ihn und seine Gefährten angewendeten Gewaltmaßnahmen. An Stelle der alten Rote, die den Wächtern in Serentui verfiel, kam eine neue dorthin, die Tag und Nacht gegen die Zellen der politischen Gefangenen zu feuern begann. Sie hatte es namentlich auf Sasonoffs Zelle abgesehen, die durch diese Kanonade so durchlöchert wurde, daß sie schließlich vollkommen renoviert werden mußte. Sasonoff blieb dank einem glücklichen Zufall am Leben, aber nur um einer noch größeren Marter ausgelegt zu werden. Ende November kam ein neuer Direktor, das Schenkal Wyssokli nach Serentui, mit der speziellen Aufgabe, das Regime im Gefängnis zu verschärfen. Er begann seine Penitenzhaft damit, daß er einige zufällig herausgegriffene politische Gefangene ohne jeden Anlaß durchschellen ließ. Nun war der Zeitpunkt gekommen, um den einmal gefassten Beschluß durchzuführen. Sasonoff erfuhr, daß zwei Genossen, ohne den allgemeinen Beschluß abzuwarten, einen Selbstmordversuch unternommen hatten. Um weiteren, größeren Opfern vorzubeugen, griff Sasonoff zur Giftschale, nachdem er die Beweggründe seiner Tat in einem kurzen Schreiben dargelegt hatte: „Genossen!“ so schrieb er, „heute nacht will ich versuchen, ein Ende zu machen. Wenn irgend ein Tod die weiteren Opfer verhindern kann, so ist es vor allem der meinige. Und darum muß ich sterben. Ich fühle das mit meinem ganzen Herzen; wie schmerzhaft, daß ich dem Tode der heute geforderten Genossen nicht vorbeugen konnte. Ich bitte die Genossen und flehe sie an, mir nicht nachzugeben und keinen zu frühen Tod zu suchen! Wenn nicht die kleine Hoffnung, daß mein Tod den vom Moloch geforderten Preis verringern könnte, ich wäre zweifellos am Leben geblieben, um mit Euch, Genossen, zu kämpfen! Aber noch einen Tag warten — bedeutet vielleicht, neue Opfer sehen. Leb wohl, Freunde und gute Nacht! Negor.“

Die Hoffnung Sasonoffs hat sich leider als trügerisch erwiesen. Auch nach seinem Tode forderte der unersättliche Moloch des Zarenismus fortgesetzt frisches Menschenblut. Aber er hat dennoch mit seinem Tode vollendet, was er im Leben vollbracht. Das Andenken des heldenhaften Kämpfers wird auch in den Reihen derjenigen, die auf anderen, wirksameren Wegen wie er für die Befreiung der arbeitenden Klassen kämpfen, als leuchtendes Vorbild fortleben, anfeuernd und begeisternd zu beharrlichem, unermüdeten Kampf gegen die Mächte der Reaktion.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Musterbeamter. Von dem Disziplinargericht für Körperlichkeitsbeamte in Stuttgart wurde der Schultheiß Ade von Jellingen (D.-M. Kirchheim) zur Dienstentlassung verurteilt. Ades Bürgermeistertätigkeit gab gleich zu Anfang seiner Geschäftsführung zu Klagen Anlaß; er

wurde mehrfach mit Geldstrafen belegt. Als er sich 1908 mit dem Gemeinderat Schmidt verfeindet hatte, erhielt die Staatsanwaltschaft ihm zwei mit der Schreibmaschine geschriebene anonyme Briefe, in denen der Gemeinderat Joch Schmidt beschuldigt wurde, er habe im Jahre 1904 mit einer Frau unzüchtige Handlungen begangen und diese veranlaßt, falsch auszusagen und die Schuld auf seinen Bruder Gottl. Schmidt zu wälzen. Wegen Gemeinderat Schmidt wurde eine Untersuchung eingeleitet, welche ergab, daß die erhobenen Beschuldigungen unwahr waren. Schmidt erhob darauf gegen Ade als vermutlichen Verfasser Klage. Bei der Verhandlung vor der Strafkammer Ullm wurde ermittelt, daß Schultheiß Ade die Briefe verfaßt, der Sternwirt Schilling (Ades Günstling) sie in einem Stuttgarter Bureau mit der Maschine abschreiben ließ und sie dann abhandelte. Die Strafkammer Ullm verurteilte den Schultheißen Ade am 17. Mai 1909 wegen verleumdender Verleumdung und falscher Anschuldigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat. In der gleichen Verhandlung belegte die Strafkammer Ullm den Schultheißen mit einer Geldstrafe von 50 Mk., weil er sich von einem Bürger, dem er ein Mittagsessen wegen Entlassung seines Sohnes vom Militär anfertigte, 50 Mark schenken ließ. Die Kreisregierung Ullm hat darauf Ade auf Grund des Urteils der Strafkammer Ullm am 14. Oktober vorläufig vom Amte entzogen. Am 16. Dezember 1910 wurde Schultheiß Ade von der Strafkammer Ullm wieder wegen verleumdender Verleumdung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte an die Gläubiger des früheren Gemeindepfleger Kellner von Jellingen, weil dieser in einer Majestätsbeleidigungssache gegen Ade gesungen hatte, Briefe geschickt, in denen er behauptete, Kellner sei in Zahlungsschwierigkeiten, sie möchten ihm die Gelder kündigen, da diese sonst in die Konkursmasse geraten würden! Die Folge war, daß Kellner von seinen Gläubigern die Gelder gekündigt wurden und er in große Schwierigkeiten geriet. Bei der Verhandlung vor der Strafkammer Ullm wurde nachgewiesen, daß die gegen Kellner erhobenen Beschuldigungen nicht zuträfen und von dem Schultheißen nur zu dem Zweck erhoben wurden, den ihm unbequemen Kellner wirtschaftlich zu ruinieren. Auch sonst hat sich Schultheiß Ade in seiner Gemeinde wenig vorbildlich benommen. In bestimmten Zuständen hat er des öfteren mit Wägern ohne jeden Anlaß Streit angefangen. Mit der Wehrheit hand der Ortsvorsteher auf sehr schlechtem Fuß. Das Gericht erkannte, wie berichtet, auf Dienstentlassung und Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Gerichtshof hält es für erwiesen, daß Schultheiß Ade das Ansehen und die Achtung, die der Ortsvorsteher einer Gemeinde besitzen müsse, durch seine ehrlose Gefinnung und durch die verwerflichen Mittel, mit denen er die ihm unbequemen Bürger bekämpfte, untergraben habe. Der Gerichtshof erkannte deshalb auch auf den Verlust aller Pensionen anprüche.

Aus Nah und Fern.

Familien-drama. Am Sonnabend abend wurde der in der Wederstraße in Berlin wohnende Kutcher Runge, der stark dem Trunke ergeben ist und schon mehrere Male in der Irrenanstalt war, wegen einer Schlägerei verhaftet, nachdem er noch am Freitag sein jüngstes Söhnchen, das er nicht als sein Kind ansah, sowie seine beiden anderen Kinder schwer mißhandelt hatte. Auf das Gerücht hin, daß er bei der von der Staatsanwaltschaft angeordneten Überführung in eine Irrenanstalt entfliehen und auf dem Wege nach seiner Wohnung sei, hat die Frau Runge aus Angst vor der Rache ihres Mannes Sonnabend abend ihre drei Kinder im Alter von 7, 4 und 3 Jahren mit Zyanalkal vergiftet. Die Mörder, sich ebenfalls zu vergiften, gab sie im letzten Augenblick auf und stellte sich selbst der Folter.

Zu früh losgegangen ist auf dem Bismarckschacht bei Eisleben ein Dynamitschuh. Hierdurch wurden ein Techniker und zwei Bergleute getötet.

Eine Aluminiumexplosion. Im Tarniger Eisenwerk von Schoelleu. Co. bei Neunkirchen (Niederrhein) ereignete sich in den Gupferwerken eine Aluminiumexplosion. Ein Arbeiter wurde getötet, vier wurden lebensgefährlich und drei leicht verletzt.

Ein griechisches Segelschiff ist während eines Sturmes geschertert. Vier Griechen von der Schiffsmannschaft und ein Passagier türkischer Nationalität sind erstunken. Der Kapitän und ein Mann der Besatzung sind gerettet worden.

Der alte Leichtsinn. In Essen a. d. Ruhr wurde die Frau des Theaterdirektors Hartmann in ihrer Wohnung von ihrem Sohne, einem Studenten, der mit einer Brunningspistole unvorsichtig hantierte, durch einen Schuß in die linke Brustseite getötet.

Stwas für die Reichsverbandspresse. Bei einer außerordentlichen Revision der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen in Langendernbach sind jahrelange Unregelmäßigkeiten und Schiebung des Leiters aufgedeckt worden. Bis jetzt ist ein Defizit von nahezu einer halben Million Mark festgestellt worden; dabei ist die Revision noch nicht beendet.

Smarte Geschäftsmacher. Der Prozeß, den die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen Hammond und Sully angestrengt haben, wird dieser Tage zur Verhandlung gelangen. Die Höhe der Forderungen unterlagungen wird auf zehn Millionen Dollars angegeben. Da die beiden Angeklagten einen großen Einfluß im öffentlichen Leben hatten, wird der Prozeß mit großem Interesse verfolgt. Sully ist nämlich unter dem „Baumwollkönig“ bekannt, während Hammond die Vereinigten Staaten bei den englischen Krönungsfeierlichkeiten vertreten sollte.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. B. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Parlamentarismus und Demokratie.** Von Karl Rautsky. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Zwölftes Bändchen der kleinen Bibliothek. Preis brochiert 75 Bfg., gebunden 1 Mk. (Verlagsausgabe 50 Bfg.) Die in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel von R. v. Elm, Massen und Führer“ sowie von Adolf Braun „Gewerkschaftliche Verfassungsverhältnisse“ haben in Partei- und Gewerkschaftskreisen eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregt, die den Genossen Rautsky veranlaßte, seine Schrift: „Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie“ einer Durchsicht zu unterziehen und aufs neue herauszugeben. Seine Gründe hat der Verfasser in der zweiten Vorrede ausführlich dargelegt, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

